



HANDREICHUNG ZUR
POLITISCHEN BILDUNG
BAND 20



DEMOGRAFIE & DEMOKRATIE

**EXPERTEN-POSITIONEN ZUM EINFLUSS DES
DEMOGRAFISCHEN WANDELS AUF DIE DEMOKRATIE**

*Die Beiträge sind im Rahmen einer Medienpartnerschaft
zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Tagesspiegel
begleitend zum Demokratie-Kongress 2014 entstanden.*

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Sankt Augustin 2015

Besuchen Sie uns im Internet
www.kas.de

Dieses E-Book wird analog den Bedingungen
der Creative Commons Public License zur Verfügung gestellt:



Dieses Werk ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“,
CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Gestaltung und technische Umsetzung: book2look
Bildnachweis: Michael Scheppe, fotografiert auf dem Demokratie-Kongress 2014,
außer Prof. Dr. Sibylle Reinhardt (Foto privat)
Logos: Judith Uhlemann Design
Titelbild: SWITSCH KommunikationsDesign

Demografie & Demokratie

Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf unsere Demokratie?



Schrumpft die **DEMOKRATIE?**

5. DEMOKRATIE-KONGRESS

Auf dem Demokratie-Kongress „Schrumpft die Demokratie? Wie der demografische Wandel unsere Zukunft verändert“ im Winter 2014 diskutierten Experten jenseits der Fragen von Rente, Pflege, medizinischer Versorgung, Familie oder Fachkräftemangel die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere lebendige Demokratie. Dabei ging es um Themen im Bereich Politik, Gesellschaft und Politische Bildung, zum Beispiel wie sich Machtverhältnisse und Deutungshoheiten verändern können, wie Engagement und Partizipation im demografischen Wandel aussehen kann und was sich in der Politischen Bildung ändern muss, um den Anforderungen des Wandels gerecht zu werden. Alle Ergebnisse dieses Kongresses, die Reden und Fotos finden Sie im Internet unter www.kas-demokratiekongress.de.

Im Vorfeld und im Nachgang zu diesem Kongress haben Experten sich mit dem Thema Demokratie und Demografie beschäftigt. Die Ergebnisse finden Sie in dieser Onlinepublikation.

Die folgenden Texte sind im Rahmen einer Medienpartnerschaft mit dem Tagesspiegel entstanden. Die Originaltexte finden Sie unter: www.tagesspiegel.de. Dort auch mit allen Kommentaren der Leser und vielen Verlinkungen zu verwandten Themen.

Die Themenschwerpunkte

Politik



Schrumpft die **DEMOKRATIE?** POLITIK

Während sich die Jungen gegen die Hegemonialpolitik der Alten wenden, formieren sich die Alten zum „Methusalem-Komplott“ gegen die drohende Entmündigung durch die immer weniger werdenden Jungen. Ist das der Cleavage der Zukunft? Oder gibt es vielmehr Machtverschiebungen, weil wir immer bunter werden – ethnisch und religiös? Was bringt der Wandel und werden sich Entscheidungsprozesse ändern?

Folgende Artikel beziehen sich auf dieses Thema:

- Diana Kinnert: [Wir sind der Satan unter den Generationen](#)
- Armin Laschet: [Warum Zuwanderung? Nicht nur aus Nächstenliebe](#)
- Tilman Mayer: [Der Alterungs-Tsunami bringt neue Verteilungsfragen](#)
- Werner J. Patzelt: [Warum Deutschland das Elternwahlrecht einführen muss](#)
- Jörg Siegmund: [Warum der Generationenkonflikt nicht kommt](#)

Gesellschaft



Schrumpft die **DEMOKRATIE?** GESELLSCHAFT

Welche Strukturen sind nötig, um für Engagement und Ehrenamt zu motivieren? Wie wirkt sich der demografische Wandel auf die etablierten Organisationen der Bürgergesellschaft aus? Welche Verantwortung können Unternehmen übernehmen? Sind veränderte Formen der Ansprache oder Einbindung denkbar, um zur stärkeren Mitwirkung in Vereinen, Bürgerstiftungen oder Parteien zu motivieren? Oder bedarf es veränderter Rahmenbedingung?

Folgende Artikel beziehen sich auf dieses Thema:

- Eren Güvercin: [Nur wenn Muslime Lösungen präsentieren, werden sie ernst genommen](#)
- Diana Kinnert: [Wir sind der Satan unter den Generationen](#)
- Armin Laschet: [Warum Zuwanderung? Nicht nur aus Nächstenliebe](#)
- Silke Mittnacht: [Angst haben hilft nicht](#)
- Simone Stein-Lücke: [Das Ehrenamt muss professionalisiert werden](#)
- Michael Vilain: [Der Traditionsverein stirbt aus - na und?](#)
- Sven Volmering: [Überlassen wir das Feld nicht den Wutbürgern!](#)
- Tina Weber: [Unternehmer bauen auf ältere Arbeitnehmer](#)

Politische Bildung



Schrumpft die **DEMOKRATIE?** POLITISCHE BILDUNG

Welche notwendigen Änderungen oder Anpassungen verursacht der demografische Wandel bei Angeboten und Inhalten der Politischen Bildung? Welche Themen werden zukünftig in den Vordergrund rücken? An welche Zielgruppen soll sich Politische Bildung richten und welche Maßnahmen sind notwendig, um den Anforderungen des Wandels gerecht zu werden?

Folgende Artikel beziehen sich auf dieses Thema:

- Lothar Frick: ["Demokratie lernen" ist heute besonders wichtig](#)
- Armin Laschet: [Warum Zuwanderung? Nicht nur aus Nächstenliebe](#)
- Sibylle Reinhardt: [Demokratie ist keine Schmusecke](#)
- Sven Volmering: [Überlassen wir das Feld nicht den Wutbürgern!](#)

Die Autoren

Lothar Frick

Direktor [Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg](#)



Lothar Frick, Jahrgang 1961, ist seit Oktober 2004 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Er hat an der Universität Heidelberg und an der University of Southern California (Los Angeles, USA) Politische Wissenschaft studiert. Beruflich war er u. a. als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig. Von März 1995 bis September 2004 leitete er das Referat Politische Planung des Staatsministeriums Baden-Württemberg. 2010 organisierte er als Büroleiter von Schlichter Heiner Geißler die Schlichtung zum Bahnprojekt Stuttgart 21.

Artikel: ["Demokratie lernen" ist heute besonders wichtig](#)

Eren Güvercin

Autor, [Blogger](#) und Journalist



Eren Güvercin, geboren 1980 in Leverkusen, studierte Rechtswissenschaften an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms Universität Bonn. Er arbeitet als freier Journalist und Autor für verschiedene Medien, u.a. die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur, WDR und die Islamische Zeitung. 2012 erschien im Herder Verlag sein erstes Buch mit dem Titel "Neo-Moslems. Porträt einer deutschen Generation".

Artikel: [Nur wenn Muslime Lösungen präsentieren, werden sie ernst genommen](#)

Diana Kinnert

Mitglied des [Jugendbeirates der Konrad-Adenauer-Stiftung](#)



Diana Kinnert, geboren 1991 in Wuppertal, ist Studentin der Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität zu Köln. Zuvor hat sie in Göttingen und Amsterdam studiert. Sie engagiert sich in Partei, Vereinen, zivilgesellschaftlich und publizistisch. Sie ist Mitglied der Zukunftskommission Parteireform „Meine CDU 2017“ unter der Leitung von Generalsekretär Dr. Peter Tauber und im Jugendbeirat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Weiter engagiert sie sich als Botschafterin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Im Juni 2013 erschien das Buch „Das Zukunftsmanifest. Wie wir unser Land verändern wollen“ im Rowohlt Verlag.

Artikel: [Wir sind der Satan unter den Generationen](#)

Armin Laschet

Stellvertretender Bundesvorsitzender der [CDU Deutschlands](#)
[Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen](#)
Vorsitzender der CDU-Kommission [„Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“](#)



Armin Laschet ist Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1999 bis 2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 2005 bis 2010 war er Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration und 2010 zugleich Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 1999 ist der gelernte Jurist und Journalist Lehrbeauftragter des Europastudiengangs der RWTH.

Artikel: [Warum Zuwanderung? Nicht nur aus Nächstenliebe](#)

Prof. Dr. Tilman Mayer

Präsident [Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V.](#)

Professor am [Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie](#), Rheinische-Wilhelms-Universität Bonn



Prof. Dr. Tilman Mayer wurde 1953 in Freiburg i. Br. geboren. Er studierte u.a. Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik in Freiburg. Von 1979-1989 war er Assistent an der Universität Würzburg und promovierte dort 1983. Anschließend übernahm er die Leitung eines zeitgeschichtlichen Deutschlandforschungsprojekts der Jakob-Kaiser-Stiftung in Königswinter. 1993-1995 war er Leiter des Bonner Büros des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Habilitation 1997 folgte, nach Vertretungen in Freiburg und München, die Professur für Politikwissenschaften an der Universität Bonn. Er ist heute Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Seit 2010 ist er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD), außerdem seit 2007 Vorsitzender der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD), Mitglied der Engagement-Kommission der Bundesregierung, seit 2012 stv. Vorsitzender der Jakob-Kaiser-Stiftung Königswinter und von 2009 bis 2013 stv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP).

Artikel: [Der Alterungs-Tsunami bringt neue Verteilungsfragen](#)

Silke Mittnacht

[Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)



Silke Mittnacht ist seit 2011 engagierte Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Geboren 1990 in Bad Mergentheim, verbrachte sie ihre Kindheit im Taubertal und auf den Philippinen. Nach dem Abitur am Martin-Schleyer-Gymnasium in Lauda 2009 begann sie an der Universität Stuttgart das Studium der Architektur und Stadtplanung. Während ihres Studiums verbrachte sie sechs Monate in Peru und arbeitete dort u.a. für das Umweltministerium Peru. Inzwischen im Masterstudium angekommen, vertieft sie sich im Bereich der Stadtplanung und des Planens im ländlichen Raum.

Artikel: [Angst haben hilft nicht](#)

Prof. Dr. Werner J. Patzelt

Professor am [Institut für Politikwissenschaft](#), Technische Universität Dresden



Prof. Dr. Werner Patzelt wurde 1953 in Passau geboren. Nach dem Abitur war er von 1972 bis 1974 Zeitsoldat. 1974 bis 1980 studierte er Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in München, Straßburg und Ann Arbor. Er war Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. Von 1980 bis 1991 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau. 1984 folgte die Promotion und 1990 die Habilitation. Seit 1991 ist er Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden und seither auch als Gastprofessuren an der Universität Stellenbosch, der Middle East Technical University Ankara und der Wirtschaftshochschule Moskau.

Artikel: [Warum Deutschland das Elternwahlrecht einführen muss](#)

Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt

Professorin am [Institut für Politikwissenschaft und Japanologie](#), Lehrstuhl für Didaktik und Sozialkunde (1994-2006), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Stellv. Bundesvorsitzender der [Deutschen Vereinigung für Politische Bildung \(DVPB\)](#)



Sibylle Reinhardt, Diplom-Soziologin, Dr. phil. habil. wurde 1941 geboren. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik in Frankfurt am Main, 1. und 2. Staatsexamen für das Lehramt am Gymnasium (Politik und Deutsch), anschließend promovierte sie bei Jürgen Habermas. Von 1970-1994 arbeitete sie als Gymnasiallehrerin und Fachleiterin in Wuppertal, von 1994-2006 als Professorin für Didaktik der Sozialkunde im Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität in Halle. Arbeitsschwerpunkte: Werte-Bildung und politische Bildung, Jugend in der Demokratie, Fachdidaktik Politik / Sozialwissenschaften, Lehrerbildung.

Artikel: [Demokratie ist keine Schmusecke](#)

Jörg Siegmund

Projekt "[Parlament der Generationen](#)", Akademie für Politische Bildung Tutzing



Jörg Siegmund, 1973 in Erfurt geboren, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Öffentliches Recht in Freiburg, Glasgow und München. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Senior Researcher am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft (GSI) und am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) München hat er sich zwischen 2003 und 2012 unter anderem mit der Qualität von Demokratien und Fragen guter Regierungsführung befasst. Seit Juli 2012 ist er wissenschaftlicher Assistent für Demokratie- und Wahlforschung sowie Politikevaluation an der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Hier hat er die Politiksimulation „Parlament der Generationen“ maßgeblich mitentwickelt.

Artikel: [Warum der Generationenkonflikt nicht kommt](#)

Simone Stein-Lücke

Unternehmerin, Bürgermeisterin und Mitbegründerin [Bonner Bürgerstiftung Rheinviertel](#)



Simone Stein-Lücke ist Geschäftsführerin und Gründerin von Bonne Nouvelle – Sozialkommunikation und seit Juni 2014 ehrenamtlich als Bürgermeisterin von Bad Godesberg, Bonn, tätig. Als Kommunikationswissenschaftlerin verfügt sie über mehr als 15 Jahre Erfahrung in nationaler wie internationaler Unternehmenskommunikation. Simone Stein-Lücke gründete die Bonner Bürgerstiftung Rheinviertel mit, sitzt im Beirat des Campus Muengersdorf Köln, ist Mentorin im Deutschlandstipendium an der FU Berlin und gehört zum Gründungskreis der Alumni Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz, und des Deutschen Kniggebund e.V.

Artikel: [Das Ehrenamt muss professionalisiert werden](#)

Prof. Dr. Michael Vilain

Direktor des [Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft \(IZGS\)](#), Evangelische Hochschule Darmstadt



Prof. Dr. Michael Vilain (Dipl.-Kfm.), wurde in Johannesburg (Südafrika) geboren. Er absolvierte die Schule in Deutschland und Südafrika und machte sein Abitur in Lippstadt. Anschließend studierte er Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster. Parallel zur Tätigkeit als geschäftsführender Gesellschafter eines mittelständischen Betriebes studierte Herr Vilain später Politikwissenschaft und Wirtschaftspolitik. Nach dem Wechsel in die Hochschule arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Düsseldorf und am IfPol der Universität Münster. Herr Vilain war Mitbegründer und Geschäftsführer des Zentrums für Nonprofit-Management GmbH. Es folgten Vertretungsprofessuren in Göttingen und Nordhausen. Seit 2008 ist er Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der EH Darmstadt und geschäftsführender Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IZGS). Forschungsschwerpunkte u.a.: Nonprofit-Management, Zivilgesellschaft im Wandel, Freiwilligenarbeit.

Artikel: [Der Traditionsverein stirbt aus - na und?](#)

Sven Volmering MdB

Mitglied im [Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung](#)
Oberstudienrat und Politikwissenschaftler



Für den 38-jährigen Oberstudienrat aus Bocholt ist es die erste Amtszeit als Mitglied des Deutschen Bundestages. Sven Volmering konzentriert sich bei seiner Mandatsarbeit im Bildungs- und Forschungsausschuss auf die Digitale Bildung und ist auch stellv. Mitglied im Sportausschuss. Der Abgeordnete für Bottrop, Dorsten und Gladbeck engagierte sich schon früh im politischen Bereich: Mit 15 Jahren trat Volmering in die Junge Union ein, ein Jahr später wurde er Mitglied der CDU. Hier war Volmering u.a. sechs Jahre lang als Landesvorsitzender der JU NRW und von 2010-2014 als stellv. Landesvorsitzender der CDU NRW aktiv. Volmering ist verheiratet. Die Familie ist mit einer kleinen Tochter gesegnet.

Artikel: [Überlassen wir das Feld nicht den Wutbürgern!](#)

Tina Weber

Leiterin der Geschäftsstelle Unternehmen für die Region e. V.



Tina Weber wurde 1982 in Rheine geboren. Sie studierte International Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Karlsruhe und European Studies an der Philipps-Universität Marburg. Von 2007 bis 2009 war sie Referentin für Qualitätssicherung der Wissenschaft am Europareferat der Universität Marburg. Von 2009 bis 2013 Sachgebietsleiterin Sicherheitsforschung im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes. Von 2012 bis 2013 war sie Mitglied im wissenschaftlichen Programmausschuss Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge. Seit 2013 leitet sie die Geschäftsstelle des Vereins Unternehmen für die Region.

Artikel: [Unternehmer bauen auf ältere Arbeitnehmer](#)

Die Artikel

"Demokratie lernen" ist heute besonders wichtig

von [Lothar Frick](#)

Die Gesellschaft altert. Muss sich politische Bildung also mehr auf die Alten konzentrieren? Im Gegenteil, sagt der Leiter der Zentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg.

"Demographie ist Schicksal" überschrieb die amerikanische Zeitschrift "The Weekly Standard" im April 2012 eine Buchbesprechung. Bevölkerung sei die Quelle von Macht, und zwar wirtschaftlicher und militärischer Macht. Entwickelte Länder im demographischen Niedergang, so wird geargwöhnt, hätten zwar Nuklearwaffen, aber dafür fehle mangels junger Menschen die militärische "manpower". Im Fall einer Sicherheitsbedrohung oder Provokation blieben solchen Ländern dann nur zwei Optionen: Passivität oder Überreaktion. Eine alternde Gesellschaft – ungewollt möglicher Auslöser eines Nuklearkrieges? So pessimistisch muss man nicht sein. Aber eine rapide alternde Gesellschaft - in Deutschland schneller als anderswo - stellt uns vor Fragen, die wir heute erst in Ansätzen diskutieren, obwohl schon vor über 20 Jahren klar die Altersentwicklung vorzuberechnen gewesen war.

Wie können Mobilität und Gesundheit bis ins hohe Alter bewahrt werden, was ist dafür zu tun? Welche Pflege- und Betreuungseinrichtungen brauchen wir, wie können wir den Zusammenhalt von Familien und Generationen sichern helfen? Wie beantworten wir ethisch höchst heikle Fragen, die sich in einer alternden Gesellschaft verstärkt stellen, zum Beispiel die Frage der Sterbehilfe? Brauchen wir mehr Zuwanderung, und wenn ja, von wem? Dies sind Fragestellungen, die die politische Bildung in Deutschland beschäftigen und von ihr in Veranstaltungen und Publikationen thematisiert werden müssen.

Jetzt kommt das Aber: Heißt das auch, dass die politische Bildung die immer größer werdende Zahl der alten Menschen zum Anlass nehmen muss, diese verstärkt als Zielgruppe ihrer Angebote ins Auge zu fassen? Ich meine: im Großen und Ganzen nein. Das klingt vielleicht hart, und man erahnt schon die mahnenden Stimmen: Können wir als politische Bildner es uns wirklich leisten, die größer werdende ältere Generation "links liegen" zu lassen?

Das können wir natürlich nicht. Schon heute zielt ein Großteil unserer Angebote auf Menschen außerhalb des Jugendalters – im Fachjargon Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung genannt, also zum Beispiel Gemeinschaftskunde- und Politiklehrer, Volkshochschuldozenten, Ehrenamtliche in Vereinigungen und Organisationen mit politischen Aufgabenstellungen. Das wird auch in Zukunft so sein.

Je älter die Menschen, desto politisch interessierter

Zudem müssen wir uns ein realistisches Bild der älteren Generation machen. Dazu hat die "Generali-Altersstudie" aus dem Jahr 2013 eine Vielzahl von

wichtigen Fakten ans Licht gebracht. Sie zeichnet das Porträt einer älteren Generation in Deutschland, "deren wichtigstes Anliegen es ist, unabhängig zu bleiben, und zwar finanziell sowie von konkreten Hilfeleistungen Dritter". Autonomie sei ihr "zentrales Leitmotiv". Die "Welt am Sonntag" titelte kürzlich sogar: "Die wilden Alten kommen".

Ob wild oder nicht: Ältere Menschen sind gemäß der Generali-Altersstudie deutlich überdurchschnittlich politisch interessiert und informiert und sehen sich mit einer klaren Mehrheit weiter in der Verantwortung für die Entwicklung des Landes und der Gesellschaft und wollen dies nicht vorrangig den Jüngeren überlassen. Für immerhin 19 Prozent der Älteren kommt ein stärkeres Engagement in Frage. Hier liegt eine Chance für die politische Bildung: Dieses Potenzial gilt es für ehrenamtliches und politisches Engagement zu heben.

Dennoch sollten auch künftig die jungen Menschen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Sie kommen nicht als Demokraten auf die Welt, sondern müssen es erst werden. Dazu braucht es politische Bildung, und die kommt in den seltensten Fällen von alleine. Junge Menschen interessieren sich heute relativ wenig für institutionelle Politik ("uncool"), aber oft sehr für gesellschaftliche Fragen, die vorwiegend politisch sind: Gerechtigkeit, Umweltschutz und Gleichberechtigung zum Beispiel. Ein Engagement in etablierten Einrichtungen wie politischen Parteien wird dagegen fast rundweg abgelehnt.

Politische Bildung muss an den Schulen eine größere Rolle spielen

Die Wahlbeteiligung der jüngeren Alterskohorten ist zum Teil weit unterdurchschnittlich, der politische Informationsstand meist verbesserungswürdig – vorsichtig ausgedrückt. Je ärmer die Bevölkerungsschicht, aus der junge Menschen stammen, umso mehr verschärfen sich tendenziell die Defizite an Wissen und Beteiligung; und selbst bei Studentinnen und Studenten ist das politische Interesse erheblich gesunken, wie eine Ende Oktober veröffentlichte Studie im Auftrag der Bundesregierung nachweist. Hier muss politische Bildung vorrangig ansetzen, wenn die Demokratie langfristig gesichert werden und attraktiv bleiben soll. Die Extremisten von links und rechts schlafen nicht.

Junge Menschen sind heute umworben wie keine junge Generation vor ihnen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass Unternehmen, gesellschaftliche Organisationen wie Vereine und Verbände und zunehmend auch viele Bildungseinrichtungen gewaltige Nachwuchssorgen haben. In deren Folge wird um die Aufmerksamkeit junger Menschen heftig gekämpft – es gibt zum Beispiel fast keine Organisation mehr, die nicht in den sozialen Netzwerken vertreten wäre, einem besonders beliebten Tummelplatz vor allem jüngerer Leute. Damit die politische Bildung in diesem Wettbewerb nicht von vorneherein unterliegt, muss sie dringend gestärkt werden – insbesondere an den Schulen, wo sie in den letzten Jahren mehr als stiefmütterlich behandelt und immer weiter zurückgefahren wurde.

Politik, auch das muss jungen Leuten vermittelt werden, ist nicht zuletzt die Organisation von Interessen. In einer Gesellschaft, in der ältere Menschen die große Mehrheit der Wählerschaft stellen, werden eben leichter höhere Renten als superschnelle Internetverbindungen finanziert. Kaum waren die Mütterrente und

die Rente ab 63 im Bundestag beschlossen, titelte der "Spiegel": "Der Bröckelstaat". Im zugehörigen Artikel wurde auf die teilweise marode Infrastruktur unseres Landes und die (noch) fehlenden Zukunftsinvestitionen hingewiesen.

Wenn junge Leute in Zukunft in Sicherheit und Wohlstand leben wollen, dann müssen sie sich für ihre Interessen einbringen. Politische Bildung kann wesentlich dazu beitragen, hierfür bessere Grundlagen zu schaffen. Ihre finanzielle und personelle Ausstattung ist daher ein deutlicher Fingerzeig dafür, wie ernst es der Politik mit den Zukunftschancen junger Menschen ist.

Nur wenn Muslime Lösungen präsentieren, werden sie ernst genommen

von [Eren Güvercin](#)

Muslime in Deutschland sollten sich weniger mit Integrationsdebatten und der Islamkritik beschäftigen, sondern lieber über gesamtgesellschaftliche Fragen nachdenken. Der Islam bietet spannende Anknüpfungspunkte. Ein Gastkommentar.

Der demografische Wandel, das Auseinanderdriften von Gesellschaftsgruppen und die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich gehören zu den existenziellen Fragen unserer Gesellschaft, die uns in den kommenden Jahren immer mehr beschäftigen werden. Manch ein Politiker predigte vorschnell, dass wir die Finanzkrise schon überwunden hätten, aber schneller als erhofft werden wir von der Realität wieder eingeholt. Längst ist vielen Menschen klar geworden, dass die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft zunehmen werden. Und auch die hier lebenden Muslime sind als Teil der Gesellschaft in der Verantwortung sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

Das mag den einen oder anderen Leser überraschen, denn wenn bisher von Muslimen die Rede war, dann oft nur im Kontext von Debatten rund um ‚Integration‘, Extremismus und albernen Streitigkeiten über Aussagen von Kabarettisten. Gerne geben Muslime und ihre Vertreter dabei die Schuld "den Medien". Schnell ziehen sie sich in einer Opferhaltung zurück, agieren viel zu wenig, sondern reagieren immer nur auf bestimmte Themen, die ihnen von außen, von sogenannten Islamkritikern oder Politikern, die wieder mal ein Wahlkampfthema gefunden haben, aufgedrängt werden.

Zur Abwechslung wäre es nicht schlecht, mal die üblichen und längst langweiligen Integrations- und Islamdebatten zu ignorieren, die Opferhaltung abzulegen und eine souveräne Haltung an den Tag zu legen. Denn der Rechtfertigungsdiskurs, den manche Muslime in diesen Debatten an den Tag legen, sind nicht wirklich hilfreich dabei, Vorurteile abzubauen und auch der Gesellschaft mitzuteilen, dass man hier verortet ist.

Warum also nicht einmal eine muslimische Position zu existenziellen Fragen unserer Gesellschaft formulieren? Gibt es einen Beitrag von deutschen Muslimen zu wichtigen Problemen unserer Gesellschaft? Was sagt der Islam, was sagen die Muslime eigentlich zum demographischen Wandel, zur sozialen Gerechtigkeit, zur Solidarität zwischen Arm und Reich?

Die Moschee war ursprünglich auch ein Ort für Nicht-Muslime

Die Vertreter der Muslime scheinen derart mit Integrationsdebatten und der Islamkritik beschäftigt zu sein, dass sie kaum über diese relevanten Themen unserer Zeit reflektieren, obwohl es im Islam spannende Anknüpfungspunkte gibt.

Traditionell ist etwa die Moschee die Institution, die das gemeinschaftliche Leben der Muslime prägt. Moscheen sind aber alles andere als nur Gebetsräume, sondern waren in der Geschichte immer lokale Einrichtungen, die sowohl Muslimen als auch Nichtmuslimen bestimmte Dienstleistungen anboten. Rund um den Gebetsraum fanden sich im Moscheekomplex Stiftungen, Märkte,

Bibliotheken, Armenküchen, medizinische Einrichtungen und karitative Einrichtungen. Sie waren Zentren einer lebendigen muslimischen Zivilgesellschaft mit spirituellen, sozialen und vor allem ökonomischen Komponenten. Überhaupt spielen ökonomische Fragen in den klassischen Schriften zum Islamischen Recht eine zentrale Rolle.

Eine andere wichtige ökonomische Komponente im Islam ist die Zakat, die für Muslime verpflichtende Abgabe. Dabei geben vermögende Muslime einen bestimmten Prozentsatz von ihrem Ersparten an ärmere Menschen ab. Anders als im Islam eigentlich vorgesehen, wird heutzutage die Zakat in Deutschland über Hilfsorganisationen ins Ausland transferiert. Es ist aber nach den klassischen Quellen des Islam verpflichtend, die Zakat lokal zu erheben und auch dort zu verteilen, also die Schere zwischen Arm und Reich in der direkten Umgebung damit zu lindern.

Die Entrichtung der Zakat per Banküberweisung ins Ausland widerspricht dementsprechend dem Geist dieser wichtigen Säule des Islam. Durch die korrekte Entrichtung der Zakat würde die muslimische Gemeinschaft einerseits gestärkt und sozial verwebt werden, und aber auch eine Eigenverantwortlichkeit aufbauen.

Nur wer Lösungen präsentiert, wird ernst genommen

Die Zakat kann somit durchaus eine entscheidende Rolle in der notwendigen Neuorientierung des sozialen und gemeinschaftlichen Lebens von uns Muslimen in Deutschland spielen, sowohl in dem Aufbau einer lokalen Identität helfen, die nicht von Faktoren aus den Herkunftsländern abhängig ist. Auch führt die Zakat zu mehr Interaktion unter den hier lebenden Muslimen aber vor allem auch mit der gesamten Gesellschaft. Um die Zakat effizient zu erheben und vor allem zu verteilen, muss man auch die Bedürftigen kennen.

Durch solch eine lebendige, in Deutschland verortete muslimische Zivilgesellschaft, die für Verantwortung, für Solidarität, als etwas Positivem steht, können Muslime einerseits ihren Beitrag zu existenziellen Fragen unserer Gesellschaft leisten und auch dem nichtmuslimischen Umfeld zeigen, dass der Islam nichts Fremdes ist und eine Bereicherung für die ganze Gesellschaft darstellt, denn ein zivilgesellschaftliches Wohlfahrtsmodell auf Grundlage der muslimischen Stiftungen und der Zakat sind auf die Linderung akuter wirtschaftlicher Not ausgerichtet und bauen mittelfristig neue, vitale Sozialstrukturen auf, die die Last der zukünftigen Herausforderungen unserer Landes mitstemmen.

Daher der Appell an die Muslime: Die beständige Rechtfertigung gegenüber Vorwürfen muss einer positiven Haltung Platz machen. Nur so kommt der Islam aus der Ecke heraus, in der er zurzeit steht: ein Problem zu sein, nicht Teil einer Lösung. Nur wer Lösungen und Antworten präsentiert, wird ernst genommen. Und nur so kann man auch effektiv bestehende Ressentiments bekämpfen. Dann kann auch von der verbreiteten Opferhaltung Abschied genommen werden. Die absurde Frage, ob der Islam nun Teil Deutschlands sei oder nicht, wäre dann längst obsolet.

Wir sind der Satan unter den Generationen

von [Diana Kinnert](#)

Karrieregeile, selbstsüchtige Hedonisten - von wegen. Wir machen Politik, schreibt eine junge CDU-Politikerin. Nur anders als früher. Aber eines bleibt weiter wichtig.

Unsere Generation ist politikverdrossen, politikmüde und unpolitisch. Wir sind eine Garde ignoranter Egoisten. Selbstsüchtig und rücksichtslos, karrieregeil und hedonistisch. Wir beten in Konsumtempeln statt in Gotteshäusern, polieren unseren Lebenslauf statt Autos für den guten Zweck und erheben unser Glas statt unsere Stimme. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist für uns bloß Utopie, der pervertierte Individualismus gelebte Wirklichkeit. Wir sind der Satan unter den Generationen. Weil wir weder Krieg noch Hunger kennen, feiern wir uns gesinnungs- und besinnungslos.

So oder so ähnlich klingt es in vielen der mittlerweile unzähligen aktuellen Generationenportraits. Manche sind vorwurfsvoller im Ton, manche lassen mehr Verständnis walten. Wir armen Kids haben zwischen G8 und Bologna-Reform ja auch keine andere Wahl. Die Wahrheit aber ist: stimmt alles nicht. Unsere Generation ist politischer und engagierter denn je.

Zahlen sind Zahlen sind Zahlen. Und Zahlen lügen nicht. Die Abkehr von den klassischen Formen gemeinnützigen Engagements ist nicht zu leugnen. Wir treten weniger in Parteien ein und öfter aus der Kirche aus. Wir meiden eintönige Bürgersprechstunden und kriegen Ausschlag von selbstgerechten Abgeordnetenmonologen. Wir haben keinen Bock auf undurchsichtige Parteihierarchien, pedantisches Satzungsgeflörs und strikte Anwesenheitskultur. Wir wollen uns nicht anziehen wie Aristokraten und nicht sprechen wie Diplomaten. Wir wollen Öffentlichkeit statt Hinterzimmer, Kontroverse statt Beifall auf Bestellung und Repräsentanten, die diesen Titel auch verdienen.

Also ja, zugegeben: Wir kneifen vorm Parteiengagement. Denn Partei ist langsam und behäbig, elitär und antiquiert und so voller fauler Kompromisse. Aber Partei ist eben nicht gleich Politik. Politik ist so viel mehr. Politik ist das Aufstehen und Anpacken für das große Ganze. Für die Gemeinheit. Für die res publica und für die Eine Welt.

Wir haben uns emanzipiert von der Staatsgläubigkeit

Und wir machen Politik. Wir marschieren als Occupy oder Blockupy in basisdemokratischen Graswurzelbewegungen durch das Frankfurter Bankenviertel oder schwenken auf Spontandemonstrationen Fahnen und Plakate gegen religiösen Fanatismus. Wir stimmen bei Volksbegehren für die Rückkehr zu den alten Schulmodellen und bei Bürgerentscheiden für das richtige Miteinander von Infrastruktur und Umwelt.

Über Ein-Klick-Petitionen sammeln wir Unterschriften für ein Meer ohne Plastik und auf Crowdfunding-Plattformen Gelder für den unabhängigen Journalismus. Mit unseren Social-Media-Kampagnen scheffeln wir Aufmerksamkeit, Eiswasser und

Spenden für die Medizinforschung und über Hashtags schaffen wir Sensibilität für Sexismus, Homophobie und Rassismus im Alltag.

Auf Benefizkonzerten musizieren wir für die Opfer von Flutkatastrophen, sozial benachteiligten Schülern geben wir kostenlose Nachhilfe und Flüchtlingsfamilien begleiten wir bei Behördengängen. Wir teilen Lebensmittel gegen Verschwendung und Autos gegen Luftverschmutzung. Beim guerilla gardening säen wir Pflanzensamen auf öffentliche Grünflächen und plädieren für Nachhaltigkeit und Selbstversorgung.

Als critical mass radeln wir durch laute Innenstädte und werben für mehr Rechte für den ummotorisierten Individualverkehr. Kaffeebohnen, Hühnereier und Wollpullover dürfen etwas mehr kosten, wenn wir damit Gutes tun, und social startups mögen von uns gesegnet sein. Wir bloggen über das, was uns bewegt, reflektieren öffentliche Debatten und setzen neue Impulse und das alles ohne Volontariat. Wir machen und machen und machen.

Demokratie wächst von unten und wir sind ihre Sprösslinge. Wir machen mehr, als bloß alle vier Jahre eine Stimme zu delegieren. Wir bewegen uns im Bewusstsein unseres vollwertigen Bürgerseins. Wir haben uns emanzipiert von der Ohnmacht allumfassender Staatsgläubigkeit. Wir verändern die Welt fern ungelenker Staatsapparate. Wir leben Empörung, weil Empörung Anfang allen Wandels ist. Unser Engagement verstaubt nicht als Parteibuch in der Schublade oder trägt sich als Mitgliedsorden an der Weste. Unser Engagement schlägt in unserer Brust und erblüht bei jeder Alltagsentscheidung. Wir sind Antreiber und Pioniere, kreativ und konstruktiv und sprühen nur so vor Tatendrang und Schaffenslust. Wir sind die Generation Bürgergesellschaft.

Parlamentsarbeit bleibt Politikmacher Nummer eins - und das ist gut so

Das ist so. Und dennoch schmälert all das nicht, wozu die klassischen Parteien und ihre Mandatsträger bevollmächtigt sind. Die neuen Formen gemeinnützigen Engagements lösen die alten nicht ab. Sie sind bloß dazugekommen. Während unser Engagement projekt- und themenbezogen, zeitlich beschränkt und auch unverbindlich sein kann, vieles auch bloß destruktiver Protest und skandalisierendes Wutbürgertum ist, bleibt die demokratisch legitimierte und alle Interessen austarierende Parlamentsarbeit unangefochtener Politikmacher Nummer eins und das ist auch gut so.

Noch immer sind es die Parteien, die am Ende des Tages die Deutungshoheit über den Begriff des Gemeinwesens besitzen und unser Gemeinwohl in Gesetzesform zu gießen versuchen. Es liegt in der Macht der Parteien, Abkommen zum Datenschutz abzuschließen, Flüchtlingspolitik zu gestalten, in Bildung zu investieren und den Klimawandel aufzuhalten. Es sind die Parteien, die die Impulse und Ideen der Bürgergesellschaft aufgreifen können, es aber nicht zwingend tun müssen. Das Parteienparlament ist dazu imstande, ein jedes Bürgerleben auch gegen persönlichen Willen zu bereichern oder zu beschneiden. Fällt dieses politische Wirken für den einen oder anderen unbefriedigend aus, hat das formal keinerlei Konsequenzen. Der Wirkungsgrad von Politik bleibt derselbe. Und das ist die Crux.

Wir dürfen stolz sein auf die Lebendigkeit unserer Zivilgesellschaft, auf ihren hohen Organisationsgrad und die Ernsthaftigkeit, mit der so viele von uns Politik

ganz selbstverständlich im Alltag leben. Unsere neue Selbstgefälligkeit darf uns aber nicht blenden: Politik geht nicht ohne Partei. Das allein muss Berufung für uns alle sein, die Parteien nicht abzuschreiben, sondern sich auch innerhalb ihrer Strukturen für den politischen Kurs einzusetzen, den wir für gut und richtig halten. Und wenn man einmal drin ist, ist ein Jeder von uns dazu aufgerufen, sich für die Parteistrukturen stark zu machen, die sich der Bürger von heute wünscht. Nicht meckern. Machen.

Warum Zuwanderung? Nicht nur aus Nächstenliebe

von [Armin Laschet](#)

Gestern Abend (06.01.2015 Anm. der Hrsg.) gingen auch in Berlin Leute für das Abendland und gegen den Islam auf die Straße. Dabei heißt christliches Abendland, den Nächsten zu lieben. Und das hat Deutschland aus verschiedenen Gründen nötig.

Einer der bekanntesten Sätze der Bibel stammt aus dem Buch Levitikus: "Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst" (Lev 19,18). Man muss kein Christ sein, um zu begreifen, dass es sich hierbei um eine Goldene Regel für das Zusammenleben von Menschen handelt. Dass diese Lebensregel nicht nur für die eigenen Verwandten, Parteifreunde oder Landsleute gelten darf, sondern auch für Fremde, bringt uns ebenfalls das Buch Levitikus nahe: "Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten..." (Lev 19,34). Diese alttestamentliche Weisheit ist mehr als 3000 Jahre alt. Sie ist aktuell wie nie.

Auf der Suche nach einer sicheren Bleibe sind in diesen Tagen weltweit über 50 Millionen Menschen unterwegs. Nur ein Bruchteil hat Europa zum Ziel. Wir müssen uns also nicht sorgen, dass ein Großteil dieser Flüchtlinge nach Deutschland kommen wird. Auch von den syrischen und irakischen Flüchtlingen, die bei uns in Deutschland Schutz vor dem Bürgerkrieg und den Gräueltaten der Terrororganisation "Islamischer Staat" suchen, haben viele die Hoffnung, nach einiger Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können und dabei zu helfen, ihr Land neu aufzubauen.

Deutschland ist heute ein Einwanderungsland. In Nordrhein-Westfalen hat nunmehr jeder Vierte eine Zuwanderungsgeschichte, wie das Statistische Landesamt unlängst mitgeteilt hat.

Viel zu lang haben wir nicht erkennen wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Viel zu lang haben wir Fähigkeiten von Menschen nicht wahrgenommen. Viel zu lang haben wir darauf verzichtet, diese Fähigkeiten für unser Land zu nutzen, weil wir Arbeitsverbote erlassen und die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen verweigert haben.

In Deutschland wird schon viel zu lange Potenzial verschenkt

Dabei ist erfolgreiche Integration auch eine volkswirtschaftliche Frage. Arbeitgeber verschiedener Branchen suchen schon heute in dem tiefgreifenden demografischen Wandel Auszubildende und Fachkräfte. Wir haben noch Menschen in unserem Land, die in Schule und Beruf hinter ihren Möglichkeiten bleiben, weil sie die notwendigen Anstöße nicht erhalten und die Weichenstellungen, die sie gebraucht hätten, nicht erhielten. Diese Potenziale zu noch weiter zu verschenken, können wir uns nicht nur aus Gründen der Nächstenliebe, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen nicht länger erlauben.

Um den Trend umzukehren bedarf es an erster Stelle bester Bildungsinstitutionen. Entlang der gesamten Bildungskette brauchen wir Institutionen, die allen dieselben Chancen zum Aufstieg ermöglichen. Wenn

aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der künftigen Auszubildenden, Facharbeiter und Akademiker immer kleiner wird, müssen wir dafür sorgen, dass alle die bestmögliche Ausbildung genießen. Das beginnt damit, dass alle gut Deutsch sprechen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn, für Erfolg im Beruf und vor allem auch für die Integration in die deutsche Gesellschaft.

Etwa 437.000 Menschen sind 2013 nach Deutschland gekommen, die dauerhaft zum Gemeinwohl unseres Landes beitragen wollen. Nicht nur aus den Krisenstaaten Südeuropas, aus Spanien, Portugal und Griechenland etwa, kommen gut ausgebildete Frauen und Männer zu uns, um hier ihr Glück zu suchen. Das sind Fachkräfte, die von vielen Arbeitgebern angesichts weitgehend leergefegter Arbeitsmärkte dringend gesucht werden. Aber weil wir im Ausland erworbene Qualifikationen nicht anerkennen oder unnötige Hürden aufbauen, gibt es hochqualifizierte Feststoffphysiker, die Taxi fahren oder kellnern. Das ist schlecht für die Menschen, die in unser Land gekommen sind, es ist aber auch schlecht für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Wir müssen aufhören, Potentiale zu verschenken und Menschen die Möglichkeit geben, sich hier mit ihrem Können zu entwickeln und zu entfalten.

Ohne Zuwanderung werden wir unseren Lebensstandard nicht halten können

Zugleich müssen wir deutlich machen: Wir wollen nicht die billigsten Arbeiter, sondern die besten Köpfe. Ebenso sollten wir klarmachen, dass wir keine Parallelgesellschaften zulassen und dass wir jeder Form von Extremismus und Fanatismus entschieden entgegen treten. Diese Feststellungen sind wichtig, aber sie treffen nicht den Wesenskern der Zuwanderung. Sie gelten generell in unserer Gesellschaft.

Kluge Einwanderungspolitik ist keine Frage der Quantitäten. Sie bedarf einer differenzierten Betrachtung und einem klaren Blick auf die Realitäten. Wer mit Emotionalisierungen arbeitet und mit Ängsten spielt, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht.

Ohne Zuwanderung wird Deutschland seinen Lebensstandard und seinen Wohlstand nicht halten können. Deutschland muss seine Attraktivität für qualifizierte Zuwanderer deutlich steigern, weil wir mehr und gezieltere Zuwanderung brauchen. Diese Einsicht muss sich nicht nur in den Zuwanderungsregelungen widerspiegeln, sondern auch in der Haltung, mit der wir den neuen Mitbürgern, Nachbarn und Kollegen begegnen.

Auf Demonstrationen beginnen jetzt Leute davon zu reden, sie würden Fremde im eigenen Land. Man darf demonstrieren und Sorgen artikulieren. Aber gerade diejenigen, die vorgeben, das christliche Abendland verteidigen zu wollen, müssen sich an der christlichen Botschaft messen lassen. Menschen sollen sich mit Nächstenliebe begegnen unabhängig von Nationalität und Herkunft. Gegen andere Religionen zu hetzen ist jedenfalls weder christlich noch abendländisch.

Der Alterungs-Tsunami bringt neue Verteilungsfragen

von [Tilman Mayer](#)

Da die Alterungswelle zweifelsfrei kommt, liegt es jetzt an unserer Gesellschaft, potenzielle Konfliktfelder zu erkennen sowie auch demographische Chancen wahrzunehmen.

Schon die Worte legen es nahe: Demographie und Demokratie bedingen einander. In den vergangenen vier Jahrzehnten ist in Deutschland die Gruppe der jüngsten Bevölkerungsmitglieder immer kleiner geworden, während die älteste Altersgruppe beständig wächst. Kann man ernsthaft erwarten, dass diese sich deutlich fortsetzende Tendenz die Demokratie unberührt lässt?

Was in 15 Jahren geschieht, dürfte nicht so überraschend sein, denn für alle die zum Beispiel nach 1955 geboren wurden, ist das Jahr 2030 ein Datum, das sie erreichen könnten. Die dabei unterlegte durchschnittliche Lebenserwartung von 75 Jahren nimmt sogar noch zu.

Der Anteil der 65 Jahre alten und der Älteren wird zwischen heute und dem Jahr 2030 von 20 auf 29 Prozent gestiegen sein, und die Gruppe der Jüngeren bleibt dabei kleiner als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung. 1960 lag der Anteil der Jüngeren noch bei fast 30 Prozent. Umgekehrt waren 1960 nur circa zehn Prozent der Menschen älter als 65 Jahren, im Jahr 2040 wird dieser Anteil bei deutlich über 30 Prozent liegen. Der Anteil der Über-80-Jährigen wird in allen Bundesländern dramatisch zunehmen. Ich spreche hier deshalb mit Blick auf die Babyboomer für den Zeitraum 2020 bis 2040 von einem Alterungs-Tsunami, der uns heftig erfassen wird.

Im 17. Deutschen Bundestag stellten die 50-Jährigen und Älteren die Hälfte der Abgeordneten; diese Altersstruktur zeichnete sich auch unter den Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2013 ab. Auch hier bilden die Wahlberechtigten, die 50 Jahre und älter waren, über die Hälfte des Elektors ab. Die demographische Struktur ist, könnte man sagen, repräsentativ umgesetzt.

Alte gehen häufiger wählen als Junge

Abgesehen von der Demographie ist das aktive Wahrnehmen demokratischen Verhaltens, das Wählen, eine Chance, die ergriffen werden sollte. Je älter jemand ist, desto höher liegt - bis zu einem ganz hohen Alter - die Wahlbeteiligung. Es ist zu beobachten, dass die Jüngeren nicht nur weniger werden, sondern auch seltener zur Wahl gehen; die Älteren wiederum werden bis 2030 nicht nur deutlich mehr, sie neigen (bisher) auch zu deutlich höherer Beteiligung an Wahlen. Was die Demographie vorlegt, wird also nochmals gesteigert. Da insgesamt die Wahlbeteiligung seit Mitte der siebziger Jahre sinkt, ergibt sich hier viel Stoff für die politische Bildung und die politische Kultur in Deutschland.

Auch die Mitgliederzahl der im Bundestag vertretenen Parteien hat seit 1974 deutlich abgenommen. Sei es, weil die Mitwirkung nicht mehr attraktiv ist, sei es, weil der Anteil von jüngeren Parteimitgliedern einfach Demographie-bedingt einen geringeren Anteil an der Mitgliederzahl insgesamt hat. Umgekehrt hat der

Anteil der Parteimitglieder, die älter als 60 Jahre sind, in allen Parteien deutlich zugenommen. Entsprechend liegt das Durchschnittsalter der meisten Parteien, bis auf die Grünen, bei ungefähr 60 Jahren. Sollen wir wegen dieser Alterungswelle von der Macht der Älteren sprechen?

Blickt man exemplarisch auf die soziale Zusammensetzung der CDU-Mitglieder, erkennt man, dass circa 70 Prozent älter sind als 50 Jahre. Dennoch hat die Volkspartei CDU eine Menge Mitglieder, nach wie vor fast eine halbe Million, nur eben deutlich mehr Ältere. Wie alle Parteien hat auch die CDU ein demographisches Problem. Hat aber die Mitgliederstruktur eine Auswirkung auf die praktische Politik oder wird sie sie haben?

Werfen wir einen Blick auf die ausländischen Bevölkerungsanteile. Diese sind im Zeitraum zwischen 1974 bis heute von vier Millionen auf circa sieben Millionen gewachsen. Im Blick auf die nachwachsende Generation mit Migrationshintergrund ergeben sich für Städte wie Nürnberg oder Stuttgart, was die Einwohner unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund angeht, Prozentzahlen von über 50 Prozent. In München, Köln, Hannover, Düsseldorf, Duisburg oder Dortmund sind es über 40 Prozent. Es wäre also sinnvoll, für die politische Bildung in diesem Bereich eine höhere Aufmerksamkeit zu erzielen, da sich hier Integrationserfordernisse ergeben könnten.

Statt des Generationen- droht der Verteilungskonflikt

Einen besonders großen Teil der bereits in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund macht nach wie vor die türkischstämmige Bevölkerung aus. Im Blick auf die aktuellen Zuwanderungsgruppen von 2012 zeigt sich aber, dass inzwischen die meisten Zuwanderer aus Osteuropa kommen. In den meisten Fällen kommt es hier nicht zu Integrationsproblemen. Dennoch bedeutet die ethnodiverse urbane Struktur von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für die städtischen Milieus in unserer Demokratie ein wichtiges Thema. Die Frage ist zum Beispiel: Rekrutiert sich die Demokratie bisher genügend aus diesen Kreisen?

Migration lässt sich nicht einfach vorhersagen. Nach einer amerikanischen Studie von Pew Research können wir für 2030 mit einem Migrationsanteil von Muslimen von etwa sieben Prozent in Deutschland rechnen. Sinnvoller wäre es aber, Migranten nicht künstlich zu muslimisieren, sondern ihre nationale Herkunft zu identifizieren und sie danach besser beurteilen zu können.

Was das für die Demokratie wichtige Thema Engagement angeht, wird zum Beispiel in den neuen Bundesländern in den kommenden zehn Jahren der Anteil der Engagementbereiten um etwa zehn bis 15 Prozent sinken. Es wird viel darüber diskutiert, dass der größer werdende Anteil Älterer, die noch dazu häufiger zur Wahl gehen, Auswirkungen auf Ergebnisse der Politik haben könnte. Man kann dazu Folgendes feststellen: Das Verhältnis der Generationen untereinander wirft weniger ein Problem auf als bestimmte Politikfelder. Zum Beispiel hat die Rentenbezugsdauer von Frauen zwischen 1960 von elf Jahren auf fast 20 Jahre im Jahr 2005 zugenommen. Es gibt Berechnungen, dass sich die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge bis 2030 auf deutlich über 55 Prozent erhöhen wird. Die Entwicklung der Pensionskosten wäre ein weiteres Thema.

Die demokratische politische Kultur wird also weniger durch Generationenkonflikte, aber schon eher durch Verteilungsfragen herausfordert sein, die Demographie-bedingt entstehen werden. In der Demographiestrategie der Bundesregierung wird darauf bereits Bezug genommen, etwa mit dem Stichwort Daseinsvorsorge. Trotzdem sind die Politiker und Politikerinnen des Jahres 2030 nicht zu beneiden. Die Alterungswelle wird zweifelsfrei kommen. Es liegt jetzt an unserer Gesellschaft, durch verbesserte Möglichkeiten eines Lebens mit Kindern dem gesamten Thema demographischer Wandel eine wieder stärker fertile und optimistische Richtung zu geben, damit auch mehr demografische Chancen wahrzunehmen sind. Die Demographie ist nicht unser Schicksal, sie müsste es jedenfalls nicht sein.

Angst haben hilft nicht

von [Silke Mittnacht](#)

Die Studentin Silke Mittnacht beschreibt, wie hoch der Druck auf junge Menschen ist und dass viele sich deshalb nur mit sich selbst beschäftigen, statt sich für andere zu engagieren. Sie sieht deshalb unsere Demokratie gefährdet.

Viele haben Angst vor der Zukunft. Ich habe mich immer als optimistische Realistin gesehen. Das hilft, um auf neue Ideen zu kommen und Dinge voranzubringen. Doch bei einem Thema gerät mein Optimismus ins Wanken: Die Demokratie in Deutschland. Denn wie soll es mit unserer Demokratie weitergehen, wenn die aktuellen Voraussetzungen uns die Zeit einschränken, uns zu guten Demokraten zu entwickeln? Der Erhalt der Demokratie und das Zusammenleben in einer Gesellschaft, die von Demokratie geprägt ist, ist für mich Kernelement der Zukunft. Daher mache ich mir große Sorgen.

Im Studium werden wir - wie schon in der Schule - mit straffen Stundenplänen konfrontiert. Es geht von einer Prüfung zur nächsten, und nach G8 und Bologna-Reform bleibt uns für die gleiche Menge an Inhalt weniger Zeit, um mit hervorragenden Noten zum Abschluss zu kommen. Der Druck auf die Jüngeren ist groß geworden. Der Arbeitsmarkt braucht den Nachwuchs. Doch dieser Nachwuchs benötigt Zeit, zu lernen, wie er eigenständig arbeiten und selbst Initiativen ergreifen kann. Die Freiheit, die wir brauchen, um uns in der Gesellschaft zu engagieren. Auch denen, die schon im Arbeitsleben angekommen sind, wird diese Möglichkeit häufig genommen, weil sie ständig erreichbar sein sollen oder müssen.

Ein Interesse für Gesellschaft und Politik zu zeigen, eine Haltung zu entwickeln, erfordert Zeit. Zugegeben: Es ist nicht so, dass wir keine Zeit mehr hätten. Doch das, was uns bleibt, investieren wir oft in die Neuen Medien, die durch ihre Vielzahl an Möglichkeiten immer unübersichtlicher geworden sind. Anstatt diese Zeit für die Stärkung der Demokratie zu nutzen, stecken wir sie lieber in die Pflege von sozialen Netzwerken. Sicherlich gibt es eine Fülle von Möglichkeiten sich zu informieren und aktiv zu werden, doch sie sind noch nicht ausreichend strukturiert. Mehr noch: Die Algorithmen der Netzwerke präsentieren uns die Informationen, die dem Mainstream entsprechen und der Komplexität der Themen nicht gerecht werden. Diese Einheitsmeinungen schaden der Gesellschaft durch ihre mangelnde Pluralität. Es entsteht kein vollständiges Bild an Meinungen und erschwert die Bildung einer eigenen.

Die jüngere Generation ist vor allem mit sich selbst beschäftigt

Besonders betroffen sind davon die Parteien. Warum soll ich mich für Politik interessieren, wenn doch alle scheinbar das gleiche wollen? Und wer hat schon die Zeit und Motivation, Parteiprogramme durchzukämpfen? Selbstverständlich tragen aber auch die Parteien hier Verantwortung. Sie müssen ihre Chancen besser nutzen, ihre Unterschiede und Inhalte kürzer und prägnanter fassen und über alle verfügbaren Kanäle gezielt vermitteln.

Nach wie vor erfolgt die Vermittlung auch über Personen, die Vorbilder sein müssen, denn unsympathischen Menschen gehen wir lieber aus dem Weg.

Leider unterstützt die Berichterstattung vieler Medien die Politik nicht. Eine Auseinandersetzung und Diskussion finden in vielen Fällen nicht statt. Kritik wird als solche nicht erkannt, weil Satire und Ironie in der Gesellschaft immer weniger verstanden werden. Ich kann aufgrund eigener Beobachtung sagen, dass gerade in der jüngeren Generation Sarkasmus häufig mit ernsthafter Argumentation verwechselt wird. Die Medien sollen Alternativen aufzeigen, damit das Interesse wieder wächst, sich kritisch und lösungsorientiert mit aktuellen Themen auseinanderzusetzen. Nur auf der Grundlage umfassender Informationen mit der Fähigkeit, in Alternativen zu denken, können Zuspitzungen und einseitige Berichterstattung erkannt und eingeordnet werden.

Die jüngere Generation ist gegenwärtig mehr mit sich selbst beschäftigt. Die Suche nach dem Sinn und der Wunsch, sich etwas zu gönnen und sich finanziell abzusichern, sind wichtiger geworden als das Allgemeinwohl. Daher überlässt sie die politische Gestaltung verstärkt den Älteren. Wir brauchen den Nachwuchs, doch an diesem mangelt es vor allem in Vereinen und Parteien. Bei der abnehmenden Zahl, die sich engagieren, wächst die Angst, dass die Älteren nur Politik für sich machen und ihren Vorteil suchen, und die Jüngeren außen vor bleiben. Was wir brauchen ist Solidarität zwischen den Generationen – nicht nur der Generationengerechtigkeit wegen, sondern für eine funktionsfähige Demokratie. Es müssen vermehrt Freundschaften zwischen den Generationen entstehen, um einander zu motivieren und für Aufgaben in der Gesellschaft zu begeistern, um diese auch in Zukunft angehen zu können.

Wer immer wieder umzieht, hat weniger Möglichkeit, sich zu engagieren

Die Lebenswege haben sich verändert: Der Verbleib an einem Wohnort oder bei einem Arbeitgeber sind nicht mehr die Regel. Daher wollen sich viele nicht mehr auf Dauer an einen Verein binden, da sie nicht wissen, wie lange sie sich in diesen einbringen können. Es braucht daher mehr und neue Formen der Partizipation. Die Möglichkeiten müssen sich besonders auf das projektbezogene Mitarbeiten ausweiten. Viele Menschen sind bereit, sich für eine Sache einzusetzen, wenn diese zeitlich begrenzt ist. Dafür muss auch eine Willkommenskultur in den Vereinen geschaffen werden, die solches Engagement akzeptiert.

Auch unsere repräsentativen Organe brauchen mehr Partizipation. Das Engagement in Parteien ist wichtiger Bestandteil der repräsentativen Demokratie – für mich persönlich die beste Form der Demokratie. Sie steht für eine offene und pluralistische Gesellschaft, für Meinungsfreiheit und Gewaltverzicht, für eine strukturierte Interessenvertretung und die zivilisierte Auseinandersetzung – wenn es sein muss, auch durch Kundgebungen und Demonstrationen.

Doch auch das Angebot der Demokratie muss für alle, die in Deutschland leben und künftig leben wollen, zugänglich sein. Momentan erleben wir eine Zuwanderungswelle von Menschen, die in ihrer Heimat die Staatsform der Demokratie nicht kennen gelernt oder nicht einüben haben können. Wir müssen diesen Menschen helfen, dies nachzuholen, um die gleichen Startvoraussetzungen zu erhalten und in Zukunft gleichberechtigt und aktiv mitgestalten zu können.

Dies ist eine große Investition, die nicht preiswert ist, aber sich in Zukunft auszahlen wird.

In der Vergangenheit haben wir bereits mehrfach bewiesen, dass wir mit großen Herausforderungen fertig werden können. Wir werden auch die Aufgabe der Zuwanderung meistern, doch dafür müssen alle einbezogen werden. Jedes Detail der Zukunft können wir nicht vorhersehen. Aber ich werde sie weiterhin mit einer Prise Optimismus sehen.

Warum Deutschland das Elternwahlrecht einführen muss

von [Werner J. Patzelt](#)

Angesichts einer alternden Gesellschaft braucht unsere Demokratie ein höchstpersönliches Elternwahlrecht zugunsten noch nicht wahlberechtigter Kinder.

Ihren Aufschwung nahm moderne Demokratie, als die Zahl der im Berufsleben stehenden Aktivbürger die der zu versorgenden Älteren weit überstieg. Unter solchen Umständen ist das Demokratieprinzip höchst plausibel: Jene Mehrheit, die das Gemeinwesen finanziert, bestimmt auch dessen Politik und regelt unvermeidliche Verteilungskonflikte. Dazu braucht sie heute parlamentarische Macht. "No taxation without representation" hieß denn auch der Schlachtruf, mit dem amerikanische Auflehnung gegen britische Kolonialherrschaft begann.

Um die Jahrhundertmitte werden die zu versorgenden Rentner in Deutschland zwar nicht die Mehrheit des Staatsvolks bilden, doch aufgrund ihrer – wohl weiterhin – höheren Wahlbeteiligung ein Übergewicht bei politischen Entscheidungen haben. Jetzt schon zeigt sich das in vorauseilender Fügsamkeit der politischen Klasse bei den zögerlichen Reformen unseres Rentensystems. "No taxation without fair representation" kann deshalb eines Tages zum Schlachtruf von Steuerzahlern werden. Wie plausibel wird nämlich das Demokratieprinzip unter Umständen sein, in denen eine Mehrheit von Versorgungsempfängern darüber entscheidet, wieviel die Berufstätigen von ihrem Einkommen behalten dürfen?

Die Wucht gerade dieser Herausforderung für Demokratie erkennt, wer an ihre antiken Wurzeln denkt. Die Volksversammlung war nämlich das ohne Waffen versammelte Heer, nämlich jene – überwiegend junge – männliche Bürgerschaft, die mit Leib und Leben für die Folgen politischer Entscheidungen haftete und genau deshalb bestimmenden Einfluss auf sie verlangte. Letztlich aus dem gleichen Grund ging die Demokratisierung der europäischen Monarchien nicht nur mit den Teilhabewünschen des steuerzahlenden Bürgertums einher, sondern gerade auch mit dem – der Französischen Revolution zu verdankenden – Aufkommen von Wehrpflichtarmeen. Noch 1972 wurde die Senkung des bundesdeutschen Wahlalters auf 18 Jahre unter anderem damit begründet, Wehrpflicht und Wahlrecht gehörten zusammen. Stets war es offenbar ein Leitgedanke von Demokratie, die abverlangte Leistung für das Gemeinwesen müsse mit fairer Einflussnahme auf dessen Politik verbunden sein.

Unser Demokratieprinzip verliert seine Überzeugungskraft

Die Verbindung von Wehrpflicht und Demokratie haben wir längst aufgegeben. Bald schwindet auch die Verbindung von Abgabepflicht und Einfluss dank Wahlrecht. Unter solchen Umständen wird zunächst die Plausibilität des Demokratieprinzips abnehmen – und alsbald die Bereitschaft, parlamentarische Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Eine tiefgreifende Staatskrise wäre die Folge. Was lässt sich dagegen tun?

Zwar wird sich in einer alternden Gesellschaft auch die Rolle der – oft noch sehr rüstigen – Älteren ändern. Mehr als heute werden sie ehrenamtlich aktiv sein und

sich, schon aus Eigeninteresse, für sozialen Zusammenhalt engagieren. Und natürlich gibt es Grund zum Vertrauen in ihre Bereitschaft, beim Wählen auch stark auf die Interessen von Kindern und Enkeln zu achten. Doch dass diese fortan viel öfter fehlen als früher, ist ja gerade die Ursache des aufziehenden Demokratieproblems.

Es lässt sich in ethisch vertretbarer Weise gewiss nicht dadurch lösen, dass man Älteren ihr Wahlrecht nimmt. Könnten wir aber nicht Jüngeren ein größeres politisches Gewicht verschaffen? Das ist ein Motiv für die Absenkung des Wahlalters. Sie führt freilich in eine Sackgasse. Zwar finden sich Gründe für aktives Wahlrecht ab 17, 16, 15 Jahren usw. Doch irgendwann sinkt die Plausibilität der Annahme, auch sehr junge Leute könnten, dank ihres Wahlrechts, zu unserer Demokratie beitragen. Dem Zehnjährigen sollte wohl ein Erwachsener in der Wahlkabine die Hand führen, und beim Kleinkind kann das gar nicht anders sein. Dann aber möchte man doch lieber gleich über ein höchstpersönliches Elternwahlrecht zugunsten noch nicht wahlberechtigter Kinder nachdenken, also darüber, ob nicht Sorgeberechtigte für jedes ihnen (gemeinsam) anvertraute Kind einen weiteren Wahlschein sollten ausfüllen dürfen.

Natürlich gibt es da verfassungsrechtliche Bedenken. Sie reichen vom Grundsatz "eine Person – eine Stimme" bis zum Prinzip, die Wahlstimme müsse höchstpersönlich abgegeben werden. Nun ist aber Verfassungsrecht kein Naturgesetz, kann also – gute Gründe vorausgesetzt – auch geändert werden. Und oft gibt es selbst unter fortgeltendem Verfassungsrecht offene Wege, die nur noch nicht beschritten wurden, weil keiner sie gesucht hat. Aus drei Gründen sollte man das aber tun.

Erstens bestehen Wahlrechtsgrundsätze doch der Demokratie willen. "Eine Person – eine Stimme" sollte sicherstellen, dass niemand von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen würde. Das führte zum Ende von Wahlrechtsschranken aufgrund von Einkommen oder Geschlecht. Wäre es wohl sinnvoll, ausgerechnet mit diesem Grundsatz den Ausschluss eines großen Teils des Staatsvolkes zu rechtfertigen, nur eben mit jetzt Verweis aufs Lebensalter?

Das Elternwahlrecht würde dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken

Zweitens ist eine höchstpersönliche Stimmabgabe von Kindern gewiss nicht in jedem Lebensalter sinnvoll. Auch prägt das Eintreten von Eltern oder Sorgeberechtigten ohnehin viele Lebensbereiche von Heranwachsenden bis zur stufenweise erlangten vollen Rechts- und Geschäftsfähigkeit. Also müsste dem höchstpersönlichen Elternhandeln zugunsten ihrer Kinder nur – vernünftig ausgestaltet – ein weiterer Lebensbereich angefügt werden.

Drittens hätte ein höchstpersönliches Elternwahlrecht zugunsten ihrer Kinder sehr rasch höchst wünschenswerte Wirkungen. Parteien müssen nämlich auf Stimmen ausgehen, zunächst um überhaupt ins Parlament zu gelangen, sodann um regieren zu können. Also berücksichtigen sie besonders stark die Interessen jener Bevölkerungsschichten, auf die sie ihrer Wahlchancen willen angewiesen sind.

Wer sich nun fragt, warum unser Steuerrecht, warum unser Rentensystem, warum die rechtlichen Regelungen unserer Arbeitswelt es so wenig attraktiv

machen, Kinder zu haben, der wird folgende plausible Antwort finden: weil es für Parteien keinen Mehrwert bringt, die Geburt und Erziehung von Kindern zu honorieren! Dieses Kalkül änderte sich aber grundlegend, wenn die Stimmen der nicht wahlberechtigten Kinder auf den politischen Markt kämen. Dann wäre es nämlich hochattraktiv für alle Parteien, möglichst viele Stimmen derer zu gewinnen, die Kinder haben. Erst recht gilt das für die aufziehenden Zeiten großer Wählerfluktuation und eines sich aufsplitternden Parteiensystems. Rasch entstünde Parteienwettbewerb um solche Politik, die auf spürbare Verbesserungen der Arbeits-, Steuer- und Rentenverhältnisse derer ausgeht, die Kinder in die Welt setzen und erziehen. Und es käme zum unausweichlichen Druck darauf, solche Politik auch wirkungsvoll umzusetzen.

Unter so veränderten Umständen werden gewiss binnen weniger Jahre die Geburtenanzahlen wieder so ansteigen, dass nicht nur die natürliche Reproduktion unserer Gesellschaft aufs neue gesichert ist, sondern sich auch jenes Demokratieproblem abgewendet findet, in das unsere überalternde Gesellschaft schlittert. Und es wäre eine Problemlösung ganz gemäß dem Prinzip der Demokratie.

Demokratie ist keine Schmusecke

von [Sibylle Reinhardt](#)

Demokratie will gelernt sein. In einer älter werdenden Gesellschaft muss deshalb gerade an den Schulen viel mehr für die politische Bildung der Jugendlichen getan werden.

Die Zahl junger Menschen nimmt ab und damit sinkt ihr politisches Gewicht. Umso wichtiger ist es, dass junge Menschen zu bewussten und aktiven Bürgern in Gesellschaft und Staat werden können – eine Aufgabe für politische Bildung!

Demokratie-Lernen passiert nicht im Alltag und von selbst, außer bei wenigen Jugendlichen in politischer Umgebung (in politisch interessierter Familie und mit politisch aktiven Freunden). Ihnen ist die Schule eine zusätzliche Hilfe, sie sind aber nicht für ihr politisches Mündigwerden von entsprechendem Unterricht abhängig. Doch sie sind die Ausnahme, für die große Mehrheit der Jugendlichen ist das ganz anders!

Im Alltag bewegen wir uns als soziale Wesen, wir leben mit anderen und verfolgen gemeinsame Ziele und Ideen. Dieses soziale Miteinander ist selbstverständlich, anders könnten wir nicht existieren. Das Irritierende ist aber, dass soziales Lernen nicht zugleich auch politisches Lernen ergibt.

Ein Beispiel: Wir fragten in unserer Sachsen-Anhalt-Studie rund 1500 Jugendliche, ob sie folgender Aussage zustimmen: "Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar". Ja, etwa 70 Prozent der Befragten stimmten zu – so weit, so gut. Aber zwei Drittel stimmten auch dieser Aussage zu: "Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen." Sie verlangen also Kooperation, wo Konflikt der Sinn der Sache ist! Sie befürworten Demokratie, haben aber eine idyllische Vorstellung von ihr, als sei Demokratie eine Schmusecke.

Streiten will gelernt sein

Wie ist das zu erklären? In unseren alltäglichen Gemeinschaften leben wir miteinander und verfolgen gemeinsame Ziele und Ideen. Dieser soziale Nahraum ist durch Harmonie geprägt, zu der wir bei unterschiedlichen Auffassungen zurückkehren – oder wir trennen uns. Ganz anders ist es in der politischen Demokratie, in der die Rahmenbedingungen für unser gesellschaftliches Leben gesetzt werden. Hier wird gestritten: Die Konkurrenz um Ziele und Wege sowie der Kampf um Mehrheiten für Entscheidungen machen Demokratie aus.

Eine dialektische Beziehung von Konflikt in der Sache und Konsens über das zivilisierte Austragen dieser Konflikte erhält Demokratie am Leben. Aussteigen kann man nicht, denn wir bleiben Bürger, auch wenn wir apathisch sind. Die Vorgänge sind häufig frustrierend (man muss verlieren können und doch weiter machen), die Zusammenhänge sind häufig sehr undurchsichtig (wer kann schon den Ukraine-Konflikt in seinen vielen Konfliktlinien verstehen) und jeder von uns ist nur eine(r) von Millionen mit gleichen Rechten und gleicher Würde.

Was kann Schule tun? Wie können jene erreicht werden, die nicht auf der Sonnenseite des politischen Interesses und der politischen Partizipation aufwachsen? Bloße Belehrung wird sie kaum erreichen, denn ein politischer Erfolg ist nicht schnell zu greifen und schon gar nicht nur durch Hinhören. Zwei Elemente müssen verknüpft werden: Handeln und Reflexion. Das Handeln ist wichtig, weil es die jungen Menschen mitnimmt und sie tätig werden lässt. Reflexion ist wichtig, weil sie dem Handeln eine verantwortbare Richtung weisen kann und weil sie handlungsfähig macht durch Einsichten in politische Mechanismen.

Was Schule machen kann

An vielen Schulen wird vor Bundestags- und Landtagswahlen die Juniorwahl durchgeführt. Die Jugendlichen bearbeiten im Unterricht das System und die Positionen, vor der Wahl stimmen sie selbst ab (Simulation der Wahl) und am Wahltag selbst und danach konfrontieren sie ihre Positionierung mit dem Wahlergebnis in ihrer Schule und in der Wahlbevölkerung. Dies ist eine gute Verknüpfung von Lernen durch Handeln und von Handeln mit Lernen.

Es gibt weitere solche Zugänge wie zum Beispiel das Projekt U18 und den Wahl-O-Mat. Es ist gut, wenn Projekte des service learning, bei denen Jugendliche aus der Schule heraus in die gesellschaftliche Realität gehen, um zum Beispiel in Altenheimen zu helfen, diesen Doppelklang von Handeln und Lernen nutzen. Die Jugendlichen kommen vielleicht in die Schule zurück und berichten, dass die alten Menschen unbekannte Vorgänge kommentieren (wie die Einstufung in "Pflegestufe I" oder "Pflegestufe II"). Dann ist die Gelegenheit für den Unterricht gegeben, um Probleme und Konflikte des Gesundheits- und Sozialversicherungssystems zu bearbeiten.

Die Politik-Didaktik bietet einen reichen Schatz von Vorschlägen, wie im Unterricht auf politische Gegenstände geblickt werden kann. Die fachdidaktischen Prinzipien wie zum Beispiel das Fallprinzip setzen beim Subjekt an, zentrieren um Konflikte und taugen für alle Lerngruppen. So kann bei der Konfliktanalyse, die häufig für die Bearbeitung aktueller politischer Konflikte eingesetzt wird, ein Kranz von Begriffen wie "Recht" und "Macht" und "Ideologie" für die Analyse genutzt werden – der klassische Katalog enthält zwölf aufschließende Kategorien.

Die Zahl kann aber auch geringer sein und schließlich kann sich die Analyse auch auf die Inszenierung der Kontroverse (in einem Pro-/Kontra-Streitgespräch oder in einem Rollenspiel) konzentrieren. Die Grundidee der Konfliktanalyse bleibt gleich und ihre Durchführung wird den Lerngruppen angepasst.

Die Demokratie gehört ihren Bürgern und sie ist auf ihre Bürger angewiesen. Deshalb ist Bildung für die Demokratie für alle Bürger und Bürgerinnen so wichtig! Und deshalb verdienen alle politischen Bildner und alle Lehrer und Lehrerinnen unsere Loyalität und unsere Unterstützung!

Warum der Generationenkonflikt nicht kommt

von [Jörg Siegmund](#)

Weder Herrschaft noch Aufstand der Alten: Das Experiment "Parlament der Generationen" widerspricht der These vom drohenden Generationenkonflikt. Aus nachvollziehbaren Gründen.

Demographischer Wandel und Macht – das ist ein schwieriges, von Vorurteilen geprägtes Verhältnis. Die einen warnen vor der Herrschaft der Alten, da sie schon bald als größte Bevölkerungsgruppe in unserer Demokratie eine dominierende Stellung einnehmen könnten. Den anderen hingegen graut vor dem genauen Gegenteil – vor einer Politik also, die die älteren, oft wirtschaftlich abhängigen Menschen vernachlässigt und sie zu Empfängern von Almosen degradiert.

Doch was ist dran an diesen Szenarien? Gehen sie überhaupt von den richtigen Annahmen aus – davon nämlich, dass eine Generation gemeinsame Interessen vertritt und diese politisch durchsetzen will? Wie wirkt sich also der demographische Wandel auf die Diskussionen in den Parlamenten, auf die Mehrheitsfindung und damit auch auf die künftige Gesetzgebung aus?

Um das herauszufinden, hat die Akademie für Politische Bildung Tutzing zusammen mit dem Bundesforschungsministerium im November 2013 über 200 Freiwillige zum Parlament der Generationen nach Bonn eingeladen. Bei dieser zweitägigen Politiksimulation schlüpfen die Teilnehmer in die Rolle von Abgeordneten eines fiktiven Parlaments, die über drei gesellschaftliche Herausforderungen debattieren – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen und die Qualitätssicherung im Bildungsbereich.

Der Clou dabei: Während die eine Hälfte der Teilnehmer die gegenwärtige Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands widerspiegelte, repräsentierte die andere Hälfte mit Blick auf Alter, Herkunft und Bildung die voraussichtliche Bevölkerungsstruktur im Jahr 2050. Diskutiert haben beide Gruppen, also das Szenario 2013 und das Szenario 2050, die gleichen Themen und unter Annahme identischer Rahmenbedingungen, aber völlig unabhängig voneinander. Der Begriff Parlament der Generationen ist insofern etwas irreführend, weil es tatsächlich zwei getrennte Parlamente für die beiden Bezugsjahre gab. Nur durch diese Konstruktion war es möglich, die Diskussionsverläufe und Abstimmungsergebnisse zu vergleichen und daraufhin zu untersuchen, ob und wie die unterschiedliche Zusammensetzung den Entscheidungsprozess beeinflusst hat.

Ein "altes" Parlament vertritt nicht zwangsläufig "alte" Interessen

Damit die Diskussionen zwischen den Generationen möglichst authentisch verlaufen und nicht nur Klischees widerspiegeln, mussten die Teilnehmer aufgrund ihrer persönlichen Merkmale bereits weitestgehend die Bevölkerung 2013, beziehungsweise 2050 repräsentieren. Ein über 60-jähriger Abgeordneter mit Migrationshintergrund und Hochschulabschluss sollte idealerweise also von einem Teilnehmer verkörpert werden, der selbst dieser sozialen Gruppe angehört

und über die entsprechende Lebenserfahrung verfügt. Die Rekrutierung passender Freiwilliger war somit eine der größten Herausforderungen bei der Vorbereitung der Politiksimulation, die aber weitestgehend geglückt ist.

Die Arbeitsweise des Parlaments der Generationen, sowohl in der Zusammensetzung 2013 als auch 2050, entsprach den bekannten parlamentarischen Abläufen. Um die Bedeutung von altersgruppenspezifischen Interessen zu betonen, erfolgte die Meinungsbildung jedoch nicht in parteipolitisch geprägten Fraktionen, sondern in jeweils vier Altersfraktionen, den sogenannten Generationenräten. Die Ausarbeitung der Beschlussvorlagen oblag hingegen den Fachausschüssen, die jeweils einem der drei Themenbereiche zugeordnet waren.

Im Bildungsausschuss mussten die Parlamentarier etwa entscheiden, wo die Qualitätsoffensive Bildung ansetzen sollte: im vorschulischen und schulischen Bereich oder aber bei der Weiterbildung im Erwachsenenalter. Anschließend war festzulegen, welche konkreten Maßnahmen innerhalb des zuvor ausgewählten Schwerpunktbereichs gefördert werden sollen. Durch diese Zuspitzung der Entscheidungssituation auf bestimmte Optionen wurden nicht nur die unterschiedlichen Interessen der Generationen angesprochen – es ist vielmehr politische Realität, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht für alle wünschenswerten Förderprogramme reichen. Am Ende der Simulation wurde im jeweiligen Parlamentsplenum über die verschiedenen Beschlussvorlagen abgestimmt, damit diese "Gesetzeskraft" erlangten.

Und siehe da: Der von vielen beschworene Kampf zwischen Jungen und Alten blieb aus. Und das, obwohl beim Parlament der Generationen durchaus sehr intensiv und kontrovers diskutiert und um politische Lösungsansätze gerungen wurde – teils weit über die formellen Sitzungen hinaus auch in den Pausen oder noch am späten Abend.

Eigennutz und generationsübergreifendes Miteinander schließen sich nicht aus

Ein Beispiel: Im Bildungssektor entschieden sich beide Szenarien – trotz des teilweisen Widerstandes der ältesten Generation – für eine Förderung des vorschulischen und schulischen Bereichs mit dem Argument, dass eine bessere (Aus-)Bildung am Beginn des Lebenslaufs die Chancen auf Bildungserfolge auch auf dem weiteren Lebensweg erhöhe. Jenseits dieses grundsätzlichen Einvernehmens gab es aber auch unterschiedliche Positionen der Generationen, etwa bei der Finanzierung einzelner Maßnahmen.

So bevorzugte im Szenario 2050 die jüngste, aber zahlenmäßig kleinste Altersgruppe eine hohe Mittelzuweisung für die Aus- und Weiterbildung der Lehrer. Am Ende durchgesetzt haben sich aber die anderen Generationen, die eher vorbeugende Maßnahmen wie die Minimierung von Bildungsrisiken favorisierten. Obwohl der Ausschuss somit einen klaren Fokus auf die Förderung der jüngeren Generation legte, gelang es dieser bei der konkreten Ausgestaltung des Modells nicht, ihre Interessen im Detail durchzusetzen.

Drei Schlussfolgerungen aus dem Parlament der Generationen sind besonders relevant. Erstens werden sich Konfliktlinien auch künftig nicht zwingend zwischen den Altersgruppen, sondern vermehrt innerhalb von Generation bilden. Konflikte,

die sich eindeutig an Generationengrenzen orientieren, sind daher wenig wahrscheinlich und auf Ausnahmen begrenzt. Zweitens müssen selbst starke altersgruppenspezifische Interessen nicht in unlösbaren Konflikten münden, weil sie miteinander verzahnt sind. Im Bereich der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen traten auch die Älteren für die Förderung von Kinderbetreuungsangeboten ein, weil Pflegekräfte nur dann in solchen Regionen gehalten werden können, wenn diese auch für jüngere Familien attraktiv bleiben. Eigennützige Motive und ein generationsübergreifendes Miteinander sind also keine Widersprüche; sie gehen oft Hand in Hand. Und drittens ist die Größe einer sozialen Gruppe nicht allein ausschlaggebend für deren Durchsetzungsfähigkeit. Das Bewusstsein gemeinsamer Interessen und Verhandlungsgeschick können numerische Nachteile durchaus ausgleichen.

Am Ende bleibt die Erkenntnis, dass wir uns weder vor der Herrschaft der Alten noch vor deren Aufstand gegen die Vernachlässigung durch die jüngeren Generationen fürchten müssen. Eine abgestimmte, generationsübergreifende Politik ist möglich und wahrscheinlich.

Das Ehrenamt muss professionalisiert werden

von [Simone Stein-Lücke](#)

Statt sich über mangelnden Nachwuchs zu beklagen, sollten sich Parteien und Unternehmen lieber den Veränderungen anpassen. Denn die Menschen wollen sich engagieren.

Welche Strukturen sind notwendig, um auch in Zukunft für Engagement zu motivieren? Dies fragen sich Institutionen wie Parteien, Vereine oder Unternehmen gleichermaßen. Ihnen allen fehlt der Nachwuchs – aktive junge Menschen, die sich engagieren und so einen entscheidenden Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft leisten. Denn die lebt auch vom Gemeinwohl.

Mit dem demografischen Wandel und dem Wandel der Lebenswelten verändert sich auch das Engagement. Was wir erleben, ist ein dramatischer Wechsel – weg vom "long-run"-Ehrenamt, hin zum "Short-Timer". Heute nehmen viele Menschen mittleren und höheren Alters ein Ehrenamt wahr, das sie zuverlässig Jahre und Jahrzehnte lang ausüben. Sie engagieren sich beim DLRG und schließen das Freibad auf. Diese Long-Runner nehmen nicht nur ihre Ehre ernst, sondern vor allem auch ihr Amt, das noch so klein sein mag. Doch für welchen heute unter 30-Jährigen ist diese Art des Engagements noch attraktiv?

Junge Nachwuchs-Ehrenamtler sind Short-Timer. Sie arbeiten projektbezogen, wollen wirkungsvoll sein und stürzen sich mit ganzem Herzblut hinein, um ein Ergebnis zu erzielen. Das Engagement muss präsentabel sein, etwas, das sie ihrer Community zeigen können. Ich engagiere mich? Heute mache ich ein hübsches Foto dabei, stelle es auf Facebook und teile es so mit meinem gesamten Freundeskreis. Und das ist kein Foto, auf dem ich das Freibad aufschließe. Die Zeiten, in der junge Menschen im stillen Kämmerchen und in stiller Demut ihr Ehrenamt ausführten, sind vorbei. Ist das schlimm? Überhaupt nicht!

Der demografische Wandel verändert die Gesellschaft und er verändert das Engagement. "Ehrenamt 2.0" – wieso nicht? Wir sollten es als Chance und nicht als Bürde begreifen. Und genau das müssen Vereine genauso wie Parteien oder Unternehmen erkennen, darauf müssen sie reagieren. Das Ehrenamt, das Engagement fürs Gemeinwohl, muss neu erfunden werden!

Hier müssen Organisationen ansetzen und ihre eigene Denkweise verändern. Viele von ihnen denken viel zu langfristig und wenig konkret. Sie müssen Ehrenämter schaffen, die zielorientiert sind. Projekte, an denen junge Menschen mitarbeiten wollen, weil sie Ergebnisse sehen, eine Wirkung spüren und weil sie mit der eigenen Lebenswelt zu tun haben. Kurz: das Ehrenamt muss professionalisiert werden.

Die Menschen werden zu wenig mobilisiert

Im Grunde muss das Ehrenamt geführt werden wie ein Unternehmen. Die einzelnen Institutionen müssen sich klar artikulieren und fragen: Was sind unsere Erwartungen? Welche Aufgabenbereiche gibt es? Was kann Jemand, wo

liegen seine Stärken? Und wie können diese Talente möglichst effektiv und Gemeinwohl-orientiert eingesetzt werden?

Damit stärken Institutionen nicht nur ihre eigene Unternehmensstruktur, sondern auch den engagierten Mitbürger selbst.

Die Bereitschaft, sich zu engagieren, schwindet nicht. Aber die Menschen werden zu wenig mobilisiert. Viele Vereine und Parteien sitzen da und schauen gewissermaßen dabei zu, wie ihnen ihre Strukturen wegbrechen. Der Nachwuchs bleibt aus und niemand weiß, wieso. Sie kümmern sich zu wenig darum, wie Nachwuchs-Gewinnung heute funktioniert. Im Zeitalter der neuen und sozialen Medien braucht es einen viel höheren Grad der Ansprache. Darin liegt ein ganz zentraler Schlüssel: sowohl für die Gewinnung als auch für die Koordination des Engagements. Mehr Öffentlichkeit herstellen – so wie sich das private Leben immer mehr in die Öffentlichkeit verlagert und sichtbarer wird, müssen auch Organisationen sichtbarer werden. Ohne Medien- und Onlinekompetenz werden in Zukunft auch keine Nachwuchskräfte gewonnen.

Es wird Zeit, den demografischen Wandel gleichsam auch als Chance zu begreifen. Die Arbeitswelt verändert sich. Die wenigsten Beschäftigten arbeiten heute noch ein Leben lang in ein und demselben Berufsfeld, geschweige denn Unternehmen. Die Jobs und Arbeitsverhältnisse wechseln häufiger. Wieso nicht seine Kompetenzen einbringen und die Zeit sinnvoll überbrücken, indem ich mich zwischen einem Jobwechsel engagiere, etwa in einem Ehrenamt? Ehrenämter müssen nicht nur professionalisiert werden, sie können sich auch selbst professionalisieren, indem sie als Entwicklungs- oder Qualifikationsprogramm dienen. Aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit kann auch ein Job entstehen.

So sollte das Leben, so sollten die gesellschaftlichen Veränderungen verstanden werden: als Chance. Der demografische Wandel bringt zweifelsohne Herausforderungen mit sich. Doch statt diese zähneknirschend mitanzusehen, sollten wir sie ergreifen und uns an die neuen Entwicklungen anpassen. Der Mensch will gebraucht werden, er lebt auch vom Gemeinwohl. Also sollten wir uns zum Teil dessen machen.

Protokoll: Rahel Klein

Der Traditionsverein stirbt aus - na und?

von [Michael Vilain](#)

Parteien klagen über Mitgliederschwund, traditionelle Vereine fürchten den demographischen Wandel. Dabei lässt das Engagement nicht nach. Es verändert sich nur. Und Erfolg ist sehr wohl möglich.

Fährt man heute durch ländliche Gegenden Deutschlands, so findet man immer häufiger vergessene Orte und Menschen. Vergessen wurden sie von Markt und Staat. Hilflös agierende Lokalpolitiker verwalten bestenfalls den Mangel: Zu weit entfernt für Busse und Bahnen, zu klein für einen Lebensmittelmarkt, uninteressant für Ärzte und für die eigenen Kinder. Als Ergebnis der stetigen Erosion der gesamten Infrastruktur eines Ortes verbleiben oft nur noch die Vereine.

Hier organisiert sich immer häufiger das Überleben: Ein Pfarrer richtet einen ehrenamtlich betriebenen Lebensmittelmarkt ein, Bürger schaffen Mobilitätshilfen, engagierte Ärzte suchen neue Wege der Versorgung immer größerer Einzugsgebiete und altgediente Konzepte wie die Gemeindegemeinschaft erleben eine Renaissance und heißen jetzt beispielsweise "Parish Nursing". In den Städten ist die Versorgungslage zwar naturgemäß besser. Angesichts massiv steigender Lebenshaltungskosten, vor allem beim Wohnraum, und einer zunehmenden Vielfalt an (Sub-) Kulturen auf immer weiter verdichtetem Raum, zeigen sich aber auch hier neue Problemlagen, so dass sich hier ebenfalls die Frage stellen wird, ob Markt und Staat die Versorgung und den sozialen Frieden werden dauerhaft sicherstellen können.

Engagement wird mehr denn je gebraucht. Was aber ist, wenn das Engagement bedingt durch den demographischen Wandel ebenfalls wegbriecht? Diese Befürchtung ist zunächst nicht unrealistisch, da die Bevölkerung in der Tat schrumpft und immer älter wird. Doch bedeutet dies, dass das Engagement abnimmt? Im Gegenteil. Kurzfristig stabilisiert die demographische Entwicklung das Engagement rein zahlenmäßig sogar. Mit den 68ern und den Babyboomern gehen sehr aktive Generationen absehbar in den Ruhestand. Keine Seniorengeneration vor ihnen war jemals so gebildet, so rüstig und verfügte über so umfangreiche materielle Ressourcen. Es sind Generationen, in denen Engagement kein Fremdwort ist. Schon in den vergangenen Jahren nahm ihr Engagement zu und kompensierte sogar die leicht abnehmende Zahl jüngerer Mitbürger.

Wo aber bleiben die jüngeren Engagierten? Diese, so eine verbreitete Argumentation seit den späten 80er Jahren, würden rein zahlenmäßig immer weniger und hätten immer weniger Lust, sich zu engagieren, erst recht nicht in den bestehenden erstarrten Strukturen von Vereinen und Verbänden. In der Tat zeigte sich über Jahrzehnte eine Reihe von Krisensignalen. Schreckensmeldungen über dramatische Mitgliederverluste und ausbleibenden Nachwuchs aus Parteien, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften schienen die düsteren Prognosen zu bestätigen.

Traditionelle Milieus verlieren an Zuspruch - und Parteien leiden

Jahre später lichtet sich jedoch der Nebel auch durch die Erkenntnisse umfangreicher empirischer Studien zum Beteiligungs- und Engagementverhalten wie dem Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weder ist es zu einem dramatischen Rückgang des Engagements junger Menschen insgesamt gekommen, noch zu einer reinen "Projektkultur" oder einem Bedeutungsverlust klassischer Organisationsformen wie der des Vereins. Im Gegenteil: Die Zahl der Vereinsgründungen ist hoch und das Engagement Jugendlicher nimmt sogar in einigen traditionellen Bereichen wie der kirchlichen Jugendarbeit seit einigen Jahren wieder zu. Die anhaltenden Klagen einzelner Vereine und Verbände müssen vor diesem Hintergrund erheblich differenzierter gesehen werden und sind mitnichten eine Krise des Engagements allgemein oder des organisationalen Strukturtyps des Vereins. Sie lenken vielmehr den Blick weg von den politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf das Geschehen in den Organisationen. Da ist der Wissensstand bisher jedoch eher begrenzt.

Bekannt ist, dass die Bindungskraft von stark Milieu-gebundenen Organisationen dramatisch nachlässt. Traditionelle Milieus wie das bürgerlich-liberale, katholisch-konservative oder sozialdemokratische schwinden und mit ihnen die Mitglieder vieler großer Parteien und Verbände. Bekannt ist auch, dass sich das Arbeits- und Freizeitverhalten der Menschen massiv verändert. Es gibt immer mehr Alternativen zum freiwilligen Engagement: Fernsehen, Internet oder kommerzielle Angebote wie Shopping oder Fitnessstudios nehmen immer mehr Raum bei den Bundesbürgern ein und stehen somit in Konkurrenz zu einem Engagement. Zugleich werden die Biographien der Menschen immer vielschichtiger und individueller. Bildungs-, Berufs- und Familienphasen wechseln sich stärker ab, die Mobilität nimmt zu. Das alles führt zu höheren Anforderungen an die Vereine, die viele ratlos zurück lassen.

Eigene Ideale und Wertvorstellungen verfolgen - das kommt an

Doch es gibt auch positive Signale. Eine kürzlich vom Institut für Zukunftsfragen für Gesundheits- und Sozialwirtschaft mit der Bertelsmann Stiftung beendete Studie zeigt, wie sich Organisationen unter den veränderten Rahmenbedingungen seit Jahren gut behaupten können. Untersucht wurden zwölf besonders erfolgreiche Jugendorganisationen, von christlichen Pfadfindern, Freiwilliger Jugendfeuerwehr, Umweltverbänden bis hin zum Jugendtheater und Sportverein. Sie alle haben gemein, dass sie keine Nachwuchssorgen plagten und es innerhalb ihres Aktionsraums schaffen, viele junge Menschen zum Engagement zu bewegen.

Ein Erfolgsgeheimnis ist dabei, dass sie den jungen Engagierten einen authentischen und identifikationsfähigen Gesamtrahmen bieten. Damit das gelingen kann, muss der Verein dicht an den jungen Menschen sein. Er muss wissen, wer zur Zielgruppe gehört, wo diese erreichbar ist, wie die Ansprache funktioniert und wie man sie einbinden kann. Selbstbestimmte und ernstzunehmende Arbeit mit konkreten Wirkungen spielen hier eine besondere Rolle.

Dabei rennen die Organisationen nicht aktuellen Themen und Trends hinterher, sondern verfolgen konsequent die eigenen Ideale und Wertvorstellungen. Das schafft Orientierung und kommt gut an, allerdings nur, wenn es mit der Kommunikation und Außendarstellung klappt. Eine fast eigenständige und für

andere Generationen oft schwer zu verstehende Bedeutung haben dabei ästhetische Fragen erlangt. Die Ansprüche der jungen Generation an Design und Mediengestaltung haben sich verselbständigt und sind hoch. Was diesen Ansprüchen nicht genügt, ist schnell "peinlich".

Die Aufgaben sind herausfordernd. Die stärkere Aktivierung Engagierter kann über die Generationen hinweg gelingen. Entschieden wird dies jedoch nicht in Berlin, Düsseldorf oder München, sondern in den zahllosen Vereinen und Verbänden der Republik. Stellen sie sich den neuen Herausforderungen, sind sie bereit, lieb gewonnene Konzepte, Strukturen und Prozesse zu überdenken, wird ein tragfähiges Fundament für die künftige Zivilgesellschaft gelegt. Diese muss dann keineswegs alt aussehen.

Überlassen wir das Feld nicht den Wutbürgern!

von [Sven Volmering](#)

Obwohl ehrenamtliches Engagement immer wichtiger wird, wird es viel zu wenig gewürdigt. Es muss dringend stärker gefördert werden. Vor allem die Schulen könnten hier sehr viel mehr tun.

Die Frage nach dem Engagement in Vereinen, Verbänden, Wirtschaft und Politik wird in einer Endlosschleife diskutiert. Vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen in allen Institutionen wird der demographische Wandel als Damoklesschwert angesehen, welches die letzten Wurzeln von Engagement zu zerstören droht. Parteien, Verbände oder Kirchen überlegen, wie sie "moderner" wirken können, um Nachwuchs dauerhaft zu binden. Patentrezepte gibt es nicht, zumal verschiedene Maßnahmen von Schnupper-Mitgliedschaften, Werbegeschenken, kostenlosen Freizeitangeboten, Ehrenamtspreisen, staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen mal mehr und mal weniger erfolgreich sind.

Beim Schreiben dieses Artikels habe ich mich an drei Situationen aus meinem Leben erinnert, die erklären, warum wir dringend eine positive Förderkultur in unserer Gesellschaft und einen Mentalitätswechsel bei der konkreten Bewertung von Ehrenamt brauchen. Abseits von Sonntagsreden, in denen betont wird, wie wichtig dieses ist und der Tatsache, dass sich Gott sein Dank noch viele Menschen engagieren, ist es mit der Anerkennung von Ehrenamt im Alltag unabhängig vom demographischen Wandel nicht so weit her. Die größten Feinde des Engagements sind Ignoranz, Arroganz und Bürokratie.

Beispiel 1: Als Stadtratsmitglied stand es mir gesetzlich zu, während meiner Grundwehrdienstzeit für Sitzungstermine freigestellt zu werden. Der "Spieß" der Kompanie, der die Freistellung genehmigen musste, begrüßte mich bereits am ersten Tag mit den Worten "mit Ihnen können wir gar nichts anfangen" und sprach mich immer ironisch-abwertend mit "der Politiker" an und ließ mich den weiten Weg zu seinem Dienstzimmer zweimal laufen, da er gerade Frühstückspause habe.

Beispiel 2: Nach meinem Examen habe ich Bewerbungen bei Unternehmen eingereicht. Bei jedem Gespräch wurde ich eher negativ auf mein politisches Engagement angesprochen. "Politik. Das macht einen schlechten Eindruck auf unsere Kunden. Da leidet die Arbeit und unser Unternehmen. Sie müssen sich schon entscheiden." Die Palette reichte von kleinen Unternehmen bis hin zu Konzernen, die Fußballarenen ihren Namen geben und sich freuen, wenn Abgeordnete ihre Parlamentarischen Abende besuchen.

Einige lautstarke Ältere versuchen, Fortschritt für Jüngere zu verhindern

Beispiel 3: Als Politiklehrer, der seit 1991 politische Erfahrungen gesammelt hat, wird es mir auch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag bei meiner Rückkehr in die Schule nicht möglich sein, Juror bei dem Wettbewerb "Jugend debattiert" zu sein, weil ich die mehrtägige Fortbildung, in der unter anderem Merkmale einer politischen Debatte auf dem Lernplan stehen, nicht absolviert habe. Der Bundeswehrspieß, der geschworen hat, "das Recht" zu verteidigen, die Unternehmen, die froh sein sollten, dass ihre Mitarbeiter in der Politik erworbene

Fähigkeiten mitbringen oder der bürokratische Irrsinn, der verhindert, dass ehrenamtlich erworbene Kenntnisse anerkannt werden, sind keine Einzelfälle, sondern in Deutschland leider oftmals die Regel.

Der dringend notwendige Mentalitätswechsel in den Köpfen noch zu vieler Menschen bei der Bewertung des Engagements erfordert das Bohren dicker Bretter. Resignieren ist jedoch verboten, will man das Spielfeld nicht einer immer älteren Wutbürger-Mannschaft überlassen, deren oberstes Ziel es meist ist, aus egoistischen Gründen Fortschritt und sinnvolle Maßnahmen aller Art zu Lasten der jüngeren Generation zu verhindern.

Hinzu kommen nun Studien, die besagen, dass die junge Generation immer unpolitischer wird. Selbst Studenten wenden sich immer häufiger von der Politik und gesellschaftlichem Engagement ab. Ich kann an dieser Stelle aus Platzgründen keine komplette Analyse der vielfältigen Ursachen abgeben, will aber auf einen Baustein hinweisen, der aus meiner Sicht langfristig die Situation verbessern kann. An diesem Punkt kommt wie so oft die Schule ins Spiel. Mir ist bewusst, dass diese oft als Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen angesehen wird. Nichtsdestoweniger sehe ich Chancen, hier die Grundlage für ehrenamtliches Engagement zu schaffen.

Dazu müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Wir müssen über die Inhalte der schulischen Ausbildung reden und diese an die Lebensrealität des 21. Jahrhunderts anpassen. Wir brauchen dazu nicht einmal neue Fächer, wie sie allenthalben gefordert werden, sondern mehr Freiheit für die Schulen, stärker als jetzt jenseits starrer Lehrpläne auf aktuelle globale und lokale Ereignisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik thematisch reagieren zu können, ohne ständig durch zentrale Vorgaben und Bürokratie gefesselt zu werden.

Die Schule böte so viele Möglichkeiten, die aber nicht genutzt werden

Wenn aktuelle Ereignisse wie das Erinnerungsjahr 2014 in der Gesellschaft einen breiten Raum einnehmen, muss dies auf breiter Basis auch in den Schulen geschehen und darf nicht immer abhängig von Einzelpersonen sein. Wir brauchen eine stärkere dauerhafte Kooperation mit den lokalen Institutionen, Verbänden und Vereinen, die Lust auf Engagement machen und offensiv im Unterricht einbezogen werden.

Warum kann das Stadtarchiv nicht die Ausstellung zum I. Weltkrieg mit Schülern erstellen? Warum beschäftigt man sich so selten mit kommunalpolitischen Themen? Warum werden so oft aktuelle Geschichtsbücher, Debatten oder Kinofilme nicht in der Schule besprochen? Warum sperren sich immer noch zu viele Lehrer gegen Wettbewerbe, die handlungsorientiert unternehmerisches Denken von den Schülern einfordern und Kontakte zu Existenzgründern ermöglichen? Warum werden so selten Vertreter aus dem öffentlichen Leben oder erfolgreiche Ehemalige in die Schule eingeladen? Warum nutzen so wenige Lehrer die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke und digitaler Medien, die weltweite Kontaktaufnahmen ermöglichen? Warum gelingt es so selten, Ereignisse für Schüler so zu gestalten, dass der Faktor Spaß nicht zu kurz kommt?

Meine besten Schulveranstaltungen waren die gemeinsam mit Schülern organisierten amerikanischen Präsidentschaftswahlnächte 2008 und 2012, die

unter dem Motto "Burger und Politik" jeweils über 100 Schülerinnen und Schüler anlockten, die sich engagiert über Republikaner und Demokraten austauschten, dabei Burger aßen und die Nacht durchmachten, obwohl sie am nächsten Tag zum Unterricht erscheinen mussten.

Warum werden ehrenamtliche Leistungen nicht stärker honoriert? Auf Zeugnissen? Bei Studien- und Ausbildungsplatzbewerbungen? Meine Analyse ist nicht neu. Meine Fragen sind nicht neu. Sie zeigen aber leider, dass unter der Oberfläche in Deutschland nicht alles Gold ist, was glänzt. Es wird Zeit, aus der Bequemlichkeit aufzuwachen und Grundlagen dafür zu schaffen, dass sich weiterhin genügend Menschen ehrenamtlich engagieren. Unsere Gesellschaft braucht das.

Unternehmer bauen auf ältere Arbeitnehmer

von [Tina Weber](#)

Unternehmen übernehmen in einer alternden Gesellschaft viel Verantwortung. Wirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement sind dabei kein Gegensatz.

Denkt man an gesellschaftliche Verantwortung, fallen einem oft die sogenannten "Gut-Menschen" ein, die sich für die Rechte von Kindern, Tieren und Bio-Kleinbauern einsetzen. Wie einst David treten sie einem gewaltigen Goliath, bestehend aus Globalisierung, multinationalen Konzernen und Klimawandel entgegen. In den Medien wird "der Unternehmer" gemeinhin in die Goliath-Ecke gestellt. Doch dieses Schwarz-Weiß-Denken ist falsch. Im Gegenteil: Unternehmer übernehmen auf vielfältige Art und Weise gesellschaftliche Verantwortung, setzen sich für ihre Mitarbeiter ein und fördern die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region.

Das Bild des profithungrigen Anzugträgers mag auf einige Manager zutreffen – jedoch vernachlässigt es die Mehrheit an anders denkenden Unternehmerpersönlichkeiten. Geschäftsführer wie der Gründer von Lebensbaum, Ulrich Walter zum Beispiel. Seinen kleinen Bioladen hat er zu einem mittelständischen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro ausgebaut. Trotzdem produziert er Tees, Kräuter und Kaffee ausschließlich bio, transparent und fair.

In den kommenden Jahren wird sich die Erwerbstätigenzahl und -struktur in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels grundlegend verändern. Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch alternde Belegschaften und längere Arbeitsbelastungen ergeben, können weder Politik, Zivilgesellschaft oder Wirtschaft alleine meistern. Sozialer Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlicher Wohlstand sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Unternehmen leisten hier einen großen Beitrag. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ist es wichtig und Teil des unternehmerischen Selbstverständnisses die (Anzug)Ärmel hochzukrempeln und dort mit anzupacken, wo unsere Gesellschaft vor Herausforderungen steht. Als "Corporate Citizen" und gute Bürger haben Unternehmen ein ehrliches Interesse und auch die Legitimation, die Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls mitzugestalten.

Kleine und mittelständische Unternehmen schließen sich für Projekte zusammen

Viele insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die sich aus ihrem Selbstverständnis heraus für ihre Region engagieren, erzielen mit ihrem Engagement eine positive Wirkung für die Gesellschaft - auch im Hinblick auf den demografischen Wandel. Sie schaffen altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeitmodelle, bauen das betriebliche Gesundheitsmanagement aus, bieten Programme zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege und fördern den generationenübergreifenden Wissensaustausch ihrer Beschäftigten.

Ein klassisches Beispiel sind so genannte Reverse-Mentorings in denen ältere Mitarbeiter ihre Erfahrung an die jungen weitergeben und diese ihnen erklären

wie Smartphone, Apps und Facebook funktionieren. Neben der altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung bieten viele Unternehmen zudem Unterstützungsangebote für den Übergang in die nachberufliche Phase. Wenn Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden, bedeutet das für viele den Verlust von persönlicher Anerkennung, einem strukturiertem Tagesablauf und kollegialen Netzwerken. Das Bedürfnis gebraucht zu werden kann in der nachberuflichen Phase durch ehrenamtliches Engagement, Mentoren-Programme oder Senior Expert Services aufgefangen werden, durch die wertvolle Erfahrung weiter eingebracht werden kann.

Oftmals schließen sich Unternehmen aus einer Region dafür zusammen. Ein Beispiel sind die Verantwortungspartner-Projekte, die von der Bertelsmann Stiftung geleitet und durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert werden: Um ältere Arbeitnehmer und "reife Talente" zu fördern, vernetzen sich die Unternehmer vor Ort mit anderen regionalen Akteuren als sogenannte Verantwortungspartner für die Region, bilden Arbeitsgruppen und stoßen konkrete Projekte an.

Wirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement ergänzen sich

Im Verantwortungspartner Projekt "Lipper sind fitter" setzen sich Unternehmen aus der Region Ostwestfalen-Lippe damit auseinander, wie Arbeitnehmer auch im fortgeschrittenen Alter motiviert und produktiv bleiben, suchen gute Praxisbeispiele und transferieren diese in andere Unternehmen. Seit 2009 engagieren sich mehr als 70 lippische Unternehmen, Institutionen und Privatleute als Verantwortungspartner für die Region zwischen Weser und Teutoburger Wald, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Auch in Hannover widmet man sich den Auswirkungen des demografischen Wandels. Unter dem Motto "Die Arbeitswelt von morgen" gehen die dortigen Verantwortungspartner davon aus, dass die Bewältigung des Fachkräftemangels sowie die zukunftsfähige Gestaltung von Arbeitsplätzen Herausforderungen sind, die sich auch und gerade an Unternehmer richten. Zusammen mit mehr als 30 Unternehmen aus der Region wurden drei innovative Projekte in den Themenfeldern Fachkräfte finden, Fachkräfte binden und stille Reserven aktivieren entwickelt. Sie bieten praktische, betriebsnahe Arbeitshilfen für die Unternehmen vor Ort, wie ein vierstufiges Analysetool zur Gestaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

In Trier haben die Verantwortungspartner einen praxisorientierten Leitfaden zur Planung eines Gesundheitstags entworfen, der Mitarbeiter und Führungskräfte durch Workshops, Schnupperkurse oder medizinische Checks zum Thema Gesundheit informiert und berät.

Dies sind einige Beispiele von vielen. Wirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement ist kein Gegensatz, sondern schafft gegenseitigen Nutzen – für Unternehmer und Gesellschaft und stärkt die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit in der Region.

Der demografische Wandel erfordert ein Umdenken, das "reifen Talenten" die Möglichkeit eröffnet, sich sinnvoll und altersentsprechend im Unternehmen und der Gesellschaft einzubringen. Die Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist dabei das Modell der Zukunft. Wenn wir Unternehmen nicht einbinden und ihr Engagement wertschätzen, geht uns als Gesellschaft Potential verloren. Um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Um regionale Entwicklung

zu fördern. Und um gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel zu begegnen.